

NEUES MARBURG

Zeitung der PDS Marburg-Biedenkopf und der PDS-Hochschulgruppe

Sparen nach Kohl-Manier

DGB-Sekretär Rüdiger Stolzenberg öffnet das Sparpaket

Seite 2

Die Renommier-Ruine

Planungsfehler der Stadt machen SCM zum Zuschussbetrieb

Seite 4

Lob der Feigheit

Denkmal für Deserteure sorgt für Anstoss

Seite 6

Das Leben geht weiter

Eine kleine Medienkritik nach dem Krieg

Seite 8

Nr. 2 · Oktober 1999

Bürger würden besser planen

Feeser-Center wird zur Rutschpartie für Rot-Grün

Die Proteste gegen ein weiteres Center auf dem Feeser-Gelände haben zu ersten Zugeständnissen bei der Rathausmehrheit geführt. Jetzt droht der Investor Eberhard Mayntz mit Schadenersatzklagen.

Gleich zwei Entwürfe für ein zukünftiges Center auf dem Feeser-Gelände hatte er dem Bauausschuss am 15. September präsentiert. Die Hoffnung, dass wenigstens ein Modell Gnade vor den Stadtverordneten und dem zahlreich erschienen Publikum finden würde, erwies sich allerdings als trügerisch. Weder die Variante mit unterschiedlichen Bauhöhen und gegliederter Fassade, noch jene eines dreieckigen Baukörpers mit runden Kanten umgeben von einer meist fensterlosen Backsteinmauer stießen auf große Begeisterung. „Riesenklotz“ und „menschenfeindlich“, „passend für Paris aber nicht für Marburg“ waren einige Kommentare der Anwesenden. Die Kritiker des Projekts konnte auch die



Droht auf dem Feeser-Gelände ein neues Erlenring-Center?

Feststellung des Architekten Erlenring nicht besänftigen, dass die Beeinträchtigung des Stadtbildes kaum ins Gewicht falle, da sie im Auto nur wenige Sekunden wahrzunehmen sei. Keine große Begeisterung löste die Ankündigung Mayntz' aus, dass in

das Center ein Angebot käme, für das man sonst nach Gießen oder Frankfurt fahren müsse: je eine Etage Bekleidungs- und Mediamarkt. Zwei weitere Stockwerke sollen 270-300 Parkplätzen vorbehalten sein.

Fortsetzung Seite 3

Mehrheit von 85 Prozent erklärt, für die Politik Schröders und Eichels gebe es „keinen Wählerauftrag“ und das Sparpaket sei „nicht sozial“.

Auch bei den Marburger Genossen ist man sich einig, dass das Schröder/Blair-Papier im Papierkorb „gut aufgehoben gewesen wäre“, wie es die Bundestagsabgeordnete Brigitte Lange formulierte. Aber trotz des Rufes nach einer Vermögenssteuer und einer Ausbildungsplatzabgabe

Fortsetzung Seite 12

Genug Ohrfeigen für die SPD?

PDS überholt Schröder-Partei in Thüringen und Sachsen

Das Sparpaket sei sozial gerecht, es werde dem Wahlvolk nur schlecht verkauft. Dieses Credo Kanzler Schröders singt auch die Marburger SPD. Die Wahldebakel der SPD lösen bei der PDS gemischte Gefühle aus.

Der neue SPD-Generalsekretär Franz Münterfering wird nicht müde, dem Wahlvolk mitzuteilen, dass man mittlerweile genügend Ohrfeigen bekommen habe. Aber solange Kanzler Schröder die Floskel „Wir haben verstanden“ wiederholt und im gleichen Atemzug das „Sparpaket“ seines Finanzministers Eichel verteidigt, wird die SPD weiterhin abgewatscht werden. Nicht in den Kürzungen für Arbeitslose, bei Renten und Wohngeld sowie den Steuergeschenken für Unternehmen sieht die Parteispitze die Gründe für

ihre Wahldebakel. Mangelnde Geschlossenheit und Vermittlungsfähigkeit seien vielmehr das Problem. Auf lange Sicht werde das Volk begreifen, dass die SPD nur sein Bestes wolle.

An der Spitze der SPD ist – zumindest vorübergehend – die Kritik am neoliberalen Kurs des Kanzlers verstummt. Der Saarländer Reinhard Klimmt wurde mit dem Verkehrsministerposten ruhig gestellt. Und die dreissig Rebellen im Bundestag, die die Wiedereinführung der Vermögenssteuer fordern und die Rentenkürzungen bemängeln, haben den Schwanz eingeknickt und beabsichtigen nicht, gegen das Sparpaket zu stimmen.

Nicht alle an der Basis mögen sich mit dieser Politik abfinden. Die süd-hessische SPD hat auf einem Sonderparteitag im September mit einer

Soziale Gerechtigkeit
Nur noch mit der PDS?
 Referat und Diskussion mit
Bodo Ramelow
 Ex-Marburger Gewerkschaftschef
 PDS-Spitzenmann aus Thüringen
Mo., 11. Okt., 20.00, DGB-Haus

Es war einmal...
 ... eine Stadt, deren Kinos die bestbesuchten der Republik waren. Es gab reichlich Platz und Auswahl und alle waren zufrieden. Da aber die Stadtväter glaubten, dass eine Stadt, die etwas auf sich hält, ein sehr großes Kino brauche, verkauften sie ein Gelände vom besten Fleisch an einen Investor. Auch abends sollte sich viel Volk mit motorisierten Kutschen in der Stadtmitte tummeln und keiner auf die Idee kommen, ein Großkino in einem Nachbarort zu besuchen. Dann hub aber lautes Wehklagen darüber an, dass die vorhandenen Kinos ihre Pforten schließen könnten. Also sagte man dem Investor, er solle sein Kino erst dem eingeborenen Kinobetreiber Klostermann anbieten. Der Investor willigte ein und alle waren zufrieden. Die Jahre vergingen und endlich wurde gebaut. Doch hatten die Stadtväter vergessen, dass inzwischen der Feudalismus durch den Kapitalismus abgelöst worden war. Nicht nur wurde immer alles viel teurer als geplant, sondern der Investor konnte soviel Geld verlangen wie er lustig war. So kam es denn, dass das neue Lichtspieltheater erst 15 Millionen, dann 20 Millionen und schließlich 30 Millionen Taler kosten sollte. Da der Investor wusste, dass Klostermann nicht soviel in seinem Beutel hatte, schloss er einen Vertrag mit dem Kinomaxe, der viele solcher Theater im Lande sein eigen nannte, und baute nach seinen Wünschen. Kinomaxe zeigte Klostermann, der mit ihm Halbehalbe machen wollte, die kalte Schulter. Daraufhin setzte wieder Wehklagen bei den Rot- und Grünberockten ein, allerdings nicht über die eigene Torheit. Sie verlangten von der Obrigkeit, ihr ganzes Arsenal in Anschlag zu bringen. Dabei übersehen sie aber, dass sie vor Jahren mit Brief und Siegel dem Investor freie Hand gegeben hatten. Nur einer stürmte als Ritter von der traurigen Gestalt mit seinem Spieß los und verlangte, das Bauen zu beenden, so dass selbst seine Mitstreiter den Kopf schüttelten. Und wenn sie nicht gestorben sind, dann fallen sie auf den nächsten Raubritter rein.
 Der Stadtschreiber

In eigener Sache

Das Hin und Her beim NEUEN MARBURG hat jetzt – hoffentlich – sein Ende. Noch ist nicht alles optimal. Aber die vorliegende Zeitung entspricht in etwa dem, was mit Freizeitredakteuren zu leisten ist.

Nachholbedarf haben wir vor allem noch, was die Offenheit der Zeitung angeht. Natürlich wollen wir die Sichtweise der PDS und der Mitglieder des Bündnisses PDS/Marburger Linke wiedergeben, da diese in den anderen Medien meist zu kurz kommt. Aber die Zeitung ist offen für andere linke Positionen. Ein halbes Dutzend Beiträge in dieser Ausgabe stellen dies – wenn auch nicht ausreichend – unter Beweis. Auch thematisch konnten wir in dieser Ausgabe noch nicht alle Wünsche erfüllen, vor allem was die Bereiche Kultur und Ökologie angeht.

Wir laden deshalb dazu ein, an der Verbesserung der Zeitung mitzuwirken, in der Redaktion, durch ständige Mitarbeit oder mit gelegentlichen Artikeln. LeserInnenbriefe sind erwünscht.

Das NEUE MARBURG erscheint künftig alle 1-2 Monate auf Zeitungspapier im vorliegenden handlichen Format mit 8-12 Seiten. Das hat vor allem finanzielle Gründe.

Geld macht zwar nicht glücklich, aber mehr davon würde uns eine weitere Verbesserung der Zeitung, größeren Umfang und höhere Auflage ermöglichen.

Ein Förderabo (mindestens 20 DM) oder eine Spende an die PDS helfen uns weiter.

SteuerzahlerInnen erhalten die Hälfte der Spende von Finanzminister Eichel zurück.

Spendenkonto:

PDS Marburg-Biedenkopf
Marburger Bank
Konto-Nr.: 53 12 43, BLZ: 533 90 000

Impressum

NEUES MARBURG

Herausgegeben von: PDS Marburg-Biedenkopf

Redaktion und Vertrieb: PDS, Weidenhäuser Str. 78-80, 35037 Marburg, Tel./Fax: 06421-163873

Redaktion: Renate Bastian, André Berg, Nico Biver, Rainer Schlaf

Erscheinungsweise: zweimonatlich

Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder. Titel, Zwischenüberschriften und Vorspanne stammen in der Regel von der Redaktion.

Layout: Nico Biver (Gestaltung), Rainer Schlaf

Druck: Hitzeroth Druck + Medien GmbH & Co. KG

Anzeigen: Anzeigenpreise auf Anfrage

Redaktionsschluss: 26. September 1999

Sparen nach Kohl-Manier

Bundesregierung setzt Umverteilung von unten nach oben fort

Die Bundesregierung beklagt Vermittlungsprobleme beim Verkauf ihres "Sparpakets". Durch einen Blick auf seinen Inhalt versteht man warum.

Die Verschuldung der öffentlichen Haushalte ist enorm. Betrug sie 1980 noch knapp 500 Mrd. DM, so waren es 1998 insgesamt 2,4 Billionen. 1999 hat allein der Bund Schulden in Höhe von 1,5 Billionen.

Auch die private Verschuldung in weiten Bereichen der Bevölkerung hat zugenommen: von 274 Mrd. DM 1990 auf knapp 400 Mrd. 1997. Kein Wunder: Die Reallöhne sind von 1992 bis 1998 um 7,4 % gesunken, die Massenarbeitslosigkeit wurde nicht beseitigt und die Zahl der SozialhilfeempfängerInnen ist auf 2,9 Millionen gestiegen.

Auf der anderen Seite ist das Vermögen in Privatbesitz seit 1991 um 50 % auf 13,9 Billionen angewachsen. Es konzentriert sich in der Hand von wenigen: 5,5 % aller Haushalte verfügen allein über 31 %.

Diese Entwicklung ist auf die Politik der früheren Bundesregierung zurückzuführen. Über Jahre hinweg betrieb sie eine Umverteilung von Vermögen und Einkommen von unten nach oben. Mit der neuen Bundesregierung von SPD und Bündnis 90/Die Grünen war die Hoffnung auf eine andere Politik, auf soziale Gerechtigkeit verbunden. Und die ersten Maßnahmen ließen tatsächlich hoffen: z.B. Wiedereinführung der hundertprozentigen Lohnfortzahlung, Reduzierung der Zuzahlungen bei Medikamenten, Finanzierung von Zahnersatz auch für nach 1978 Geborene und die steuerliche Entlastung auch geringer Einkommen.

Diese Hoffnungsfunken sind nunmehr am Verglimmen. Mit dem sog. „Sparpaket“ setzt die neue Bundesregierung die Politik der letzten 16 Jahre fort. Steuerliche Entlastung von Unternehmen um 8 Mrd. DM einerseits und zunehmende Bela-

stung finanziell Schwächerer sind die Eckpunkte dieser wahrlich nicht neuen Politik.

Die Rentenzuwächse sollen durch die Anpassung an die Inflationsrate verringert werden: Statt 3,7 % bzw. 3,5 % in den nächsten beiden Jahren bei einer Nettolohnanpassung sollen sie nur noch um 0,7 % bzw. 1,6 % steigen. Das Rentenniveau wird von derzeit 70,1 % auf 66,4 % sinken.

Schließlich führt der Hinweis auf Ergänzung der Rente durch private



Rüdiger Stolzenberg

Altersvorsorge zu einem weiteren Einstieg in den Ausstieg aus dem paritätisch finanzierten Sozialversicherungssystem. Durch die Zuzahlungen bei Medikamenten tragen die Unternehmen im Gesundheitswesen bereits nur noch 40 % der Kosten.

Auch die Arbeitslosen werden von den Sparmaßnahmen einseitig betroffen. Arbeitslosengeld und -hilfe sollen sich ebenfalls nur noch an die Inflationsrate anpassen. Das heißt bei einem Arbeitslosengeld von 1.265 DM (bei einem vorherigen Bruttentgelt von 3.400 DM), dass monatlich 38 DM oder 80 % der bisher vorgesehenen Erhöhung verloren gehen. Vor allem Langzeitarbeitslose

werden noch mal betroffen: Maßgeblich für die Berechnung der Beiträge zur Rentenversicherung soll nicht mehr der frühere Bruttolohn, sondern die tatsächlich ausgezahlte Arbeitslosenrente sein. Altersarmut und ein höheres Defizit in der Rentenkasse sind programmiert. Schließlich trifft es auch junge Menschen: Die originäre Arbeitslosenhilfe soll gestrichen werden. Sie konnte bisher von Soldaten, Zivildienstleistenden und ReferendarInnen sowie denjenigen bezogen werden, die mindestens fünf Monate sozialversicherungspflichtig beschäftigt waren aber keinen Anspruch auf Arbeitslosengeld hatten.

Positiv auf den ersten Blick erscheint dagegen die weitere Erhöhung des Kindergeldes und des Kinderfreibetrages. Nur, warum ist nicht über das zweite Kind hinaus eine Erhöhung vorgesehen. Und warum kommt sie nicht auch denjenigen zugute, die besonders darauf angewiesen sind: die SozialhilfeempfängerInnen, insbesondere Frauen. Sie zahlen überwiegend keine Steuern und haben deshalb nichts von Freibeträgen. Und die Erhöhung des Kindergeldes werden sie nicht merken, da sie auf die Sozialhilfe angerechnet wird. Ein Skandal!

Hinzu kommt: Kraftstoff und Strom werden durch "Ökosteuern" teurer. Während abhängig Beschäftigte durch niedrigere Rentenversicherungsbeiträge einen Teilausgleich erhalten, bleibt für diejenigen, die nicht in die Rentenkasse einzahlen – RentnerInnen und SozialhilfeempfängerInnen – nur die Belastung.

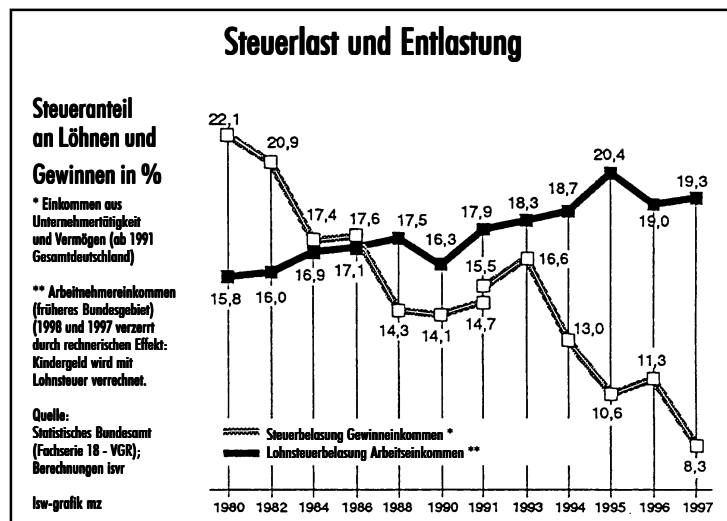
Wenn PolitikerInnen der Regierungsparteien nunmehr lamentieren, sie hätten das Gute des "Sparpakets" nicht rüberbringen können, ist man erstaunt. Denn, wo nichts Positives ist, kann man auch nichts Positives vermitteln. Oder ist man nur enttäuscht, weil man sich auf das Verkaufen schlechter Nachrichten nicht so gut versteht wie über Jahre CDU/CSU und FDP.

Es wundert auch immer wieder, dass den KritikerInnen des „Sparpaketes“ vorgehalten wird, es gäbe keine Alternativen. Sie liegen schon lange auf dem Tisch und wurden zum Teil von den jetzigen Regierungsparteien vor der Bundestagswahl vertreten: Nicht die Ausgaben sind zu Lasten der sozial Schwachen zu kürzen, sondern die Einnahmeseite ist durch Besteuerung dort, wo das Geld liegt, zu erhöhen. Allein die Wiedereinführung der Vermögenssteuer ab einem Vermögen von 500.000 DM könnte Einnahmen von jährlich 30 Mrd. bringen – das ist der Umfang des „Sparpaketes“.

Die Kritik, die wir jahrelang an die vorherige Regierung gerichtet haben, bleibt auch heute gültig.

Einige behaupten sogar, die neue Regierung sei noch konsequenter, härter und schneller.

Rüdiger Stolzenberg,
Gewerkschaftssekretär beim
DGB-Kreis Mittelhessen,
Büro Marburg



Fortsetzung von S. 1

Bürger würden besser planen

Feeser-Center wird zur Rutschpartie für Rot-Grün

Das der Investor Mayntz im Bauausschuss um Sympathie werben musste, ist auf die wachsende Opposition der MarburgerInnen gegen die weitere Vercenterung der Stadt zurückzuführen. Bereits Mitte Juli war die SPD bei ihrer Veranstaltung über die Projekte in der Marburger Mitte mit dem geballten Unmut von über 40 TeilnehmerInnen konfrontiert worden. Da wurde nicht nur die Verschandelung des Stadtbildes kritisiert, sondern auch moniert, dass ein neues Kaufhaus auf dem Feeser-Gelände angesichts leerstehender Gewerbeflächen völlig überflüssig sei und den bestehenden Einzelhandel vor allem in Weidenhausen gefährde. Kleinlaut erklärte Moderator Thomas Spies am Ende, man müsse sich der Frage, wem die Stadt gehöre, den BürgerInnen oder den Investoren, in Zukunft weiter widmen.

Wem gehört die Stadt?

Entscheidungshilfe bei dieser Fragestellung lieferte das kurz danach ge-

me der linken Opposition – war bisher Konsens, dass eine Einkaufsmeile vom Erlenring-Center und Feeser-Gelände bis zum Oberstadtfahrstuhl entstehen soll. Von großen Parkhäusern an der Autobahn sollen die KundInnen bis in die Oberstadt gelockt werden. Jetzt, wo das Scheitern dieses Konzept augenscheinlich wird – leerstehende Gewerbeflächen in der Oberstadt und in den neuen Centern, Verschandelung des Stadtbildes (Erlenring-Center!), Gefahr der Zerstörung der Marburger Kinolandschaft –, regt sich wieder außerparlamentarischer Widerstand. Dabei handelt es sich jedoch nicht mehr um eine alternative und studentische Bewegung von sog. „Durchreisenden“, sondern ein Protest der von alteingesessenen Marburger BürgerInnen getragen wird. Vertreter der mehr städtebaulichen und ästhetischen Kritik ziehen mit Geschäftsleuten vor allem aus Weidenhausen, die befürchten „abgehängt“ zu werden, an einem Strang.

Angesichts einer linken Opposi-

zulegen. Er soll in Abstimmung mit Gestaltungs- und Denkmalbeirat und nach einer Bürgerversammlung erstellt werden und garantieren, dass sich das Vorhaben städtebaulich in die Bebauung Weidenhausen einfügt. Die zulässigen Nutzungen sollen eingeschränkt werden, um insbesondere die Oberstadt und Weidenhausen von einem Verdrängungswettbewerb auszuschließen.

PDS/ML: Kaufhaus verhindern!

Da sich der Stadtverordnetenvorsteher Löwer (SPD) weigerte, einen Dringlichkeitsantrag der PDS/Marburger Linke zur Abstimmung zuzulassen, stellte der Stadtverordnete Henning Köster mehrere Änderungsanträge zur Entschließung der Koalition, die allesamt abgeschmettert wurden. Köster verlangte, dass die Errichtung eines Kaufhauses ausgeschlossen werde, dass die Gebäude den Erlenring um nicht mehr als sechs Meter überragen dürften sowie eine Beschränkung der PKW-Stellplätze.

Angesichts knapper Mehrheitsverhältnisse stimmte die linke Fraktion dennoch dem Antrag der Koalition zu, weil der wichtigste Punkt, die Änderung des Bebauungsplans, darin enthalten ist.

Auf der Stadtparlamentssitzung vom 24. September wurde ein Antrag der SozialistInnen, ein Gutachten in Auftrag zu geben, das die Entwicklung des Marburger Einzelhandels, den Verdrängungswettbewerb durch große Handelsfirmen und Center, Arbeitsplatzverluste und den Leerstand von Gewerbeflächen bilanzieren soll, ebenfalls abgelehnt. Trotz der bisherigen Fehlentwicklungen scheint kein Interesse an aussagekräftigen Unterlagen für künftige Planungen zu bestehen.

Ob es tatsächlich zu einer Veränderung des Bebauungsplans für das Feeser-Gelände kommen wird und wie weit diese Änderungen gehen werden ist noch keine ausgemachte Sache. OB Möller hat Widerspruch eingelegt, so dass das Parlament voraussichtlich im Oktober erneut über den Antrag befinden muss.

Der Investor hat bereits gedroht „alle juristischen Möglichkeiten auszuschöpfen, um Schadenersatz einzufordern.“ Die Fraktionsvorsitzende der PDS/Marburger Linke, Eva Gottschaldt, erklärte dazu: „Offensichtlich will Herr Mayntz so Druck auf das Parlament ausüben, um sich alle Optionen für sein Investitionsvorhaben offen zu halten.“ Außer-

dem reichen eventuelle Absichtserklärungen des Investors zu den Nutzungen des Objekts nicht aus, da sie für spätere Besitzer oder Mieter des geplanten Komplexes nicht bindend seien.

Ob überhaupt ein Schadenersatz im Falle einer Änderung des Bebauungsplanes zu zahlen ist, ist außerdem zweifelhaft. Das Aktionsforum ist der Meinung, der jetzige Bebauungsplan sei fehlerhaft und deshalb die Stadt nicht schadenersatzpflichtig. Bei der Aufstellung des Planes sei dem Bestimmtheitsgrundsatz nicht Rechnung getragen worden, da Nutzungseinschränkungen nicht weiter ausgeführt worden seien. Außerdem habe die Stadt ihr Ermessen fehlerhaft ausgeübt, da vorher die Auswirkungen auf den Einzelhandel nicht untersucht worden seien.

Das Forum schlägt außerdem vor, künftig wichtige Projekte mit Perspektivenwerkstätten vorzubereiten, da die bisherige Form der Bürgerbeteiligung zu unbefriedigenden Ergebnissen geführt habe.

Henning Köster



Henning Köster

gründete Aktionsforum Stadtentwicklung Marburg. Es startete noch in den Sommerferien eine Unterschriftenaktion, in der an die bisherigen Bausünden erinnert und gefordert wird, „das Kulturerbe Marburgs zu schützen, statt es den Interessen von Investoren preiszugeben.“

Bereits über 3.000 BürgerInnen setzen sich mit ihrer Unterschrift dafür ein, zu verhindern, dass das Feeser-Gelände „trotz vielfach leerstehender Gewerbeflächen mit einer weiteren Investitionsruine bebaut“ wird. Insgesamt sollen 5.400 unterschreiben, um Magistrat und Stadtparlament deutlich zu machen, dass man notfalls in der Lage ist, ein Bürgerbegehren in die Wege zu leiten. Die Einheitsfront der Verfechter der Planungen für die neue Marburger Mitte geriet damit ins Wanken. Bei allen Rathausparteien – mit Ausnah-

on im Parlament, die von Beginn an die Kritik am Standortkrieg und der Vercenterung auf ihre Fahnen geschrieben hatte, befürchteten SPD und Grüne, dass ihnen einige Felle davonschwimmen könnten. Sie reagierten erst mit einem Zickzackkurs. Ein Antrag, den Bebauungsplan zu ändern, zogen sie Mitte August im Bauausschuss zurück. Ihre Vertreter betonten erneut, dass sie an der Grundkonzeption für Marburg-Mitte festhalten wollen. Die Grünen betonten sogar ausdrücklich, dass sie sich auf dem Gelände Parkmöglichkeiten und ein Kaufhaus wünschen.

Die negative Reaktion der Öffentlichkeit veranlasste SPD und Grüne schließlich, noch in der Sitzung des Stadtparlaments Ende August einen Antrag einzubringen, der den Magistrat auffordert, einen Entwurf für die Änderung des Bebauungsplanes vor-

PDS Marburger Linke
im Parlament

PDS Marburger Linke

Die PDS/Marburger Linke ist ein kommunalpolitisches Bündnis aus Einzelpersonen und der PDS. Sie ist seit 1997 mit vier Personen im Stadtparlament vertreten:

Eva Chr. Gottschaldt, Fraktionsvorsitzende, Tel. 961961, Fax 961960

Henning Köster, Stadtentwicklung, Verkehr, Tel. 65752

Pia Maier, Haushalt, Umwelt, Tel. 0177-3029285

Heiner Walter, Sozialpolitik, Tel. 22171

Fraktionsbüro: Weidenhäuser Str. 78-80, 35037 Marburg, Tel./Fax: 163873

Die Fraktion trifft sich in der Regel an jedem Donnerstag, um 20.00 Uhr, im Fraktionsbüro

Offenes Plenum, jeweils am 1. Donnerstag im Monat, 20.00 Uhr, Fraktionsbüro

Kurz gefragt

Durch kleine Anfragen von Stadtverordneten der PDS Marburger/Linke erfuhr man im Stadtparlament,

■ dass der Sozialdezernentin Kober nicht bekannt ist, wieviele **Widersprüche gegen Entscheidungen des Sozialamtes** eingelegt werden, da keine Statistik geführt werde. Dennoch meint sie zu wissen, dass bei den Fällen, die beim Verwaltungsgericht Gießen landen, die Entscheidungen der Marburger Behörde "zum großen Teil" bestätigt werden;

■ dass die für 1999 vorgesehenen **Schulhoferneuerungen** tatsächlich vorgenommen werden;

■ dass der Fußboden der **Sporthalle der Friedrich-Ebert-Schule** im Jahr 2000 renoviert wird, wenn Mittel in den Haushalt eingestellt werden sollten;

■ dass der **Stacheldraht** auf Augenhöhe der FußgängerInnen und RadfahrerInnen längs des Uni-Sportgeländes an der Lahn wekommt.

■ dass die Marktwirtschaft daran schuld ist, dass in der **Stadtwaldsiedlung eine Basisinfrastruktur** mit Lebensmittelladen, Post usw. fehlt. Erst wenn die geplante Einwohnerzahl von 3.000 Personen (bisher 1.700) erreicht sei, lohne es sich für die Anbieter aktiv zu werden;

■ dass der Magistrat keine „organisatorischen, politischen und personellen Konsequenzen“ daraus zu ziehen gedenkt, „dass in den letzten Jahren **Verträge mit Investoren** offensichtlich so fehlerhaft und dilettantisch gestaltet wurden“, dass z.B. „gegen den erklärten Willen aller Fraktionen“ ein auswärtiger Kinobetreiber auf dem Schlachthofgelände bevorzugt wurde. Laut OB Möller seien die Verträge nicht dilettantisch, habe nicht der Magistrat sondern das Stadtparlament alles abgesegnet, und sei in der Kinofrage rechtlich nichts anderes möglich gewesen;

■ dass die Stadt keine Ahnung hat, wie sich der **PKW-Verkehr in der Innenstadt** nach Fertigstellung der Projekte in der „neuen Marburger Mitte“ vom Oberstadtfahrstuhl bis zum Feeser- und Erlenger-Center entwickeln wird. Bürgermeister Vaupel „hofft“, dass er nicht zunehmen wird;

■ dass man noch nicht genau weiß, wie negativ sich die **Berliner und Wiesbadener Sparpläne** auf Marburg auswirken werden. Klar sei aber, daß durch die Verlagerung der Wohngeld- und der Unterhaltszuschusszahlungen auf die Kommunen, sowie durch zunehmende Sozialhilfesaufgaben aufgrund der Streichung der originären Arbeitslosenhilfe, auf alle Kommunen Mehrausgaben in Höhe von 3,2 Mrd. DM zukommen. OB Möller schloß deshalb für den nächsten Haushalt Kürzungen im Sozialbereich nicht aus.

Die Renommier-Ruine

Planungsfehler der Stadt machen Software-Center zum Zuschussbetrieb

Nicht nur im Sommerloch, sondern auch in der Hauptsaison 1999 wurde in Marburg das Schauerdrama „Möller der Million-Dieb und seine tapferen VerfolgerInnen“ aufgeführt. Blicken wir hinter die Kulissen, landen wir glatt im Jahr 1992.

Damals nämlich tauchte der Stadtrat Gotthold (SPD) mit seinem stadtbekannt blöden Grinsen im Haupt- und Finanzausschuss auf und machte Reklame für sein neuestes Projekt: das Software Center Marburg (SCM). Mehrere Computer-Leute, so berichtete er, versprächen sich sogenannte Synergie-Effekte, wenn sie gemeinsam eine Immobilie und elektronische Infrastruktur nutzen dürften. Diese müsse ihnen allerdings die Stadt erst einmal zur Verfügung stellen. Danach werde sich das Vorhaben finanziell selbst tragen.

Als Gotthold dies erzählte, war er nur halb zu sehen. Er steckte nämlich, statt eines Kavaliertüchleins, in der Brusttasche eines Herrn, den er zu allen Sitzungen mitbrachte (genauer: dieser ihn). Das war der Herr

mit die verantwortlichen Fraktionen in alphabetischer Reihenfolge genannt: Bündnis 90/Die Grünen, Bürger für Marburg (BfM), Christlich-Demokratische Union Deutschlands (CDU), Sozialdemokratische Partei Deutschlands (SPD).

Und hier sind ihre Entscheidungen von 1993:

Die Stadtentwicklungsgesellschaft (SEG), eine hundertprozentige Tochter der Stadt, und ein „Förderverein Software Center“ – das ist die umbenannte „Initiative Software“ des Herrn Bartels – gründeten eine „Software Center Besitz- und Verwaltungsgesellschaft“ (Daneben gibt es noch eine „Betriebsgesellschaft“ für die laufenden Dienstleistungen.) Für das Software Center wurde ein Büroturm gebaut. Kostenpunkt: 30 Millionen D-Mark. 9,6 Millionen spendierte das damals noch SPD-Grün regierte Hessen, 2,7 die Europäische Union. 18 Millionen wurden auf dem Schweizer Kapitalmarkt geliehen. Für diese Summe bürgt die Stadt Marburg. Zins und Tilgung sollten aus den Mieten für die Räume im SCM bestritten werden.

Mit diesen Beschlüssen war das

18 Millionen Schweizer Franken bedeuten heute viel mehr DM als damals.

Nach einiger Zeit griff der Herr Bartels in die Kasse des SCM, nahm dort 1,5 Millionen heraus und steckte sie in seine Tedas. Das konnte er tun, weil er inzwischen nicht nur Geschäftsführer des Fördervereins, sondern auch der Besitzgesellschaft war. Jetzt kommt er vor den Kadi.

Verluste werden sozialisiert

Durch Bartels' Aktion fehlte dem SCM das Geld, um die laufende Tilgung und Zinszahlung an die Schweizer Gläubiger zu leisten. Bei einer Pleite wäre der Bürgerschaftsfall für die Stadt eingetreten. Um das zu vermeiden, beantragte Oberbürgermeister Möller, einen Betrag in den Haushalt aufzunehmen, durch den der Engpass des SCM überbrückt werden sollte. Bündnis 90/Die Grünen und SPD lehnten ab. Sie hatten zwar die Suppe mit eingebrockt, wollten jetzt aber dem OB die Wiederwahl ein bisschen schwerer machen. Der beschloß daraufhin, sich über die Hessische Gemeindeordnung und das kommunale Haushaltsrecht hinwegzusetzen: Ohne Magistrat und Stadtverordnetenversammlung zu informieren, überließ er 1998/99 in drei Raten dem Software Center einen Kredit über eine Million. Nach seiner Wiederwahl gestand er es ein, und nun war das Geschrei bei BfM, Grünen und SPD gewaltig.

Jetzt bereitet man die nächste Dummheit vor: Die Verluste des SCM sollen sozialisiert werden. Der famose Förderverein hat wissen lassen, er könne nichts nachschießen. Stattdessen möge doch die SEG seinen Anteil übernehmen. Nebenbei kommt heraus, dass man gar nicht weiß, wer neben dem famosen Herrn Bartels die anderen elf Mitglieder dieses Clubs sind.

Herr Gotthold, der Erst-Verursacher der Misere, ist längst nicht mehr Stadtrat. Er hat einen Job bei einer Großbank in Frankfurt/Main. Sachgebiet: Kommunale Finanzierungen.

Was sagen Frau Sozialistin und Herr Sozialist zu der ganzen Sache?

Antwort: „Das ist der Kapitalismus“.

Richtig. Jetzt machen Sie mal was dagegen. **Georg Fülberth**

Kommunalwahlen 2001

Plenum der PDS/Marburger Linke

Noch 18 Monate bis zur Kommunalwahl: Erste Überlegungen für eine Kandidatur, zum neuen Wahlrecht, zu Veranstaltungen, Programmdiskussion, personeller Verstärkung.

Offen für alle Interessierten

Do., 7. Okt., 20.00, PDS-Büro



Rainer Schlar

Michael Bartels, Chef der Software-Firma Tedas. Er hatte 1992 zusammen mit ein paar weiteren Interessenten eine Pressure-group namens „Initiative Software“ gegründet.

Die Stadtverordnetenversammlung fasste noch 1992 bei Enthaltung der DKP einen Grundsatzbeschluss zugunsten des Projekts.

Einstimmig in die Katastrophe

Die finanziell folgenreichen Entscheidungen in dieser Angelegenheit traf sie allerdings erst 1993. Da war einerseits die DKP ausgeschieden, die PDS andererseits noch nicht drin, und so gab es jetzt einstimmige Ergebnisse. Damit nicht vergessen wird, wer sie herbeiführte, seien hier

Fundament für die Katastrophe gelegt, die ab 1997 sichtbar wurde:

- Obwohl die SEG die Mehrheit des Kapitals (51 Prozent) in die Besitzgesellschaft eingezahlt hatte und die Stadt das volle Bürgerschaftsrisiko trug, hatte der Förderverein (49 %) die Hälfte der Stimmen in der GmbH.
- Die Mieten waren falsch kalkuliert: Man hatte auch sogenannte „Verkehrsfächen“ (Treppenhaus, Keller, Foyer) als Büros, die verpachtet werden können, ausgewiesen. Aufgrund dieses Fehlers entsteht ein alljährliches Minus von 400.000 DM, das sich bis 1999 schon auf 4 Millionen summiert hat.
- 1993 gab es noch nicht den Euro, also auch noch nicht dessen Talfahrt.



Stadträtin Kober, Bürgermeister Vaupel, Oberbürgermeister Möller

Wer ist schuld an der SCM-Misere?

Ausschuss soll Hintergründe der Finanzkrise des Software-Centers klären

Bei der Vergabe eines Millionenkredits an die SCM-Besitzgesellschaft hat OB Möller nicht nur das Stadtparlament übergangen, sondern auch laut eines Gutachtens des städtischen Rechnungsprüfers gegen kommunales Recht verstoßen. Dass dieses Verhalten nicht hingenommen werden kann, darin war sich die PDS/Marburger Linke mit SPD, Grünen und BfM einig. Mit Konzepten zur Sanierung des SCM wollen die anderen Parteien jetzt zur Tagesordnung übergehen.

Der eigentliche Skandal, für den die anderen Rathausparteien verantwortlich sind – die fehlerhafte Ertragskalkulation sowie das Konstrukt von Besitz- und Betriebsgesellschaften, bei dem die Stadt am kürzeren Hebel sitzt, und die zudem ein katastrophales geschäftliches Gebaren an den Tag legen –, soll schnell in Vergessenheit geraten.

Wenn man verhindern will, dass sich die Stadt in Zukunft auf ähnliche Abenteuer einlässt, reicht es nicht, wie SPD-Fraktionschef Schüren zu erklären, dass "die Dummen damals in allen Parteien Legion waren". Vielmehr ist es notwendig zu untersuchen, ob nicht statt Dummheit sogar Absicht oder Fahrlässigkeit bei den Verantwortlichen vorliegen und ob private Wirtschaftsinteressen Einfluss genommen haben.

Auf Veranlassung der Fraktion der PDS/Marburger Linke und gegen den Willen der an den Fehlentwicklungen beteiligten Parteien wird deshalb ein Akteneinsichtsausschuss der Stadtverordnetenversammlung eingerichtet. Er soll folgende Fragen klären, die trotz gegenteiliger Behauptung der anderen Fraktionen, längst nicht beantwortet sind.

■ Wie konnte es zu den eklatanten Fehlkalkulationen bei der Ertragsprognose kommen, bei denen die Mieteinnahmen auf mehr als das Doppelte und die Einnahmen aus der Gastronomie auf das Achtfache der tatsächlich erzielten veranschlagt wurden? Wer ist hierfür verantwortlich? Sollten damit das Land und die

EU hinters Licht geführt werden, um Zuschüsse zu erhalten? Hatten der Förderverein des SCM und sein Geschäftsführer Bartels die Hände im Spiel, um der Stadt das Projekt schmackhaft zu machen?

■ Wieso hat sich die Stadt auf eine Konstruktion eingelassen, bei der sie allein das Risiko für das Gelingen des Projekts trägt, aber nicht die anderen Gesellschafter in der Betriebs- und Besitzgesellschaft?

■ Wieso hat die Stadt eine Investition privater Firmen in der außergewöhnlichen Höhe von 18 Mio. Schweizer Franken durch eine Bürgerschaft abgesichert und warum wurde der Kredit trotz Wechselkursrisikos in Schweizer Franken aufgenommen?

■ Warum hat die Stadt sich auf ein paritätisches Stimmverhältnis bei der Besitzgesellschaft eingelassen, obwohl die stadteneigene SEG mit 50,8 Prozent an ihr beteiligt ist?

■ Wieso hat die Stadt nicht bereits 1997 auf eine Änderung der Struktur des SCM gedrängt, die es damals dem Geschäftsführer der SCM-Besitzgesellschaft Michael Bartels ermöglicht hatte, 1,5 Mio. DM an seine eigene Firma zu verschieben, ohne dass der Mehrheitseigner, die SEG, davon Wind bekam?

■ Wieso wurden nicht bereits Anfang 1998, als allen Beteiligten klar war, dass die SCM-Betriebsgesellschaft auf unabsehbare Zeit defizitär arbeiten würde, Maßnahmen ergriffen, um diesen Zustand abzustellen?

■ Welche Rolle hat der Aufsichtsrat der SEG angesichts dieser Entwicklungen gespielt? Hat er Schritte eingeleitet, um die Miss-Stände bei der SCM-Besitzgesellschaft zu beheben? Wenn ja, welche?

Durch diesen Akteneinsichtsausschuss nimmt die Stadtverordnetenversammlung ihr Kontrollrecht wahr und macht der Verwaltung klar, dass sie es in Zukunft nicht mehr hinnimmt, dass Magistrat und Verwaltung am Parlament vorbei regieren.

Nico Biver

Was fehlt?

Landgraf Dietrich

Im Frühjahr hatte das Stadtparlament mit Stimmen von SPD und Grünen einen Antrag der PDS/Marburger Linke angenommen, in der ersten Jahreshälfte 2000 ein Experten-Hearing über die Sinnhaftigkeit und Machbarkeit einer Stadtbahn in Marburg abzuhalten. Abhängig vom Ergebnis dieses Hearings sollte ein Gutachten erstellt werden, so wie es das Marburger Verkehrsforum einmütig vorgeschlagen hatte.

Auf Anfrage des Stadtverordneten Henning Köster, wie weit die Vorbereitungen mittlerweile gediehen seien, erklärte OB Möller am 24. September, dass er nichts zu unternehmen gedenke. Im Rahmen der Arbeiten am Verkehrsentwicklungsplan für den Norden Marburgs, würde sich das damit beauftragte Unternehmen auch um die Frage einer Stadtbahn kümmern. Er halte den Beschluss des Stadtparlaments für unsinnig und habe deshalb auch keinen Widerspruch dagegen eingelegt. Diese Aussage löste auch bei Stadtverordneten anderer Fraktionen Verwunderung aus. Thomas Spies (SPD) fragte, ob der Oberbürgermeister künftig nur noch Beschlüsse des Parlaments umzusetzen gedenke, die er für nicht unsinnig halte.

Die PDS/Marburger Linke erklärte zu diesem Vorgang: „Hat Möller nichts aus der Affäre um den Millionenkredit an das SCM gelernt? Noch vor einem Monat versprach er, nicht mehr am Parlament vorbeizuregieren. Jetzt setzt er sich offen über einen seiner Beschlüsse hinweg. Dieses Verhalten nach Landgrafenmanier ist nicht tolerierbar.“

Ein OB für Ockershausen

So viel Aufmerksamkeit erlebt das „Dorf in der Kernstadt“ nicht alle Tage. Aber am 14. September kamen sie alle nach Ockershausen: Oberbürgermeister, Bürgermeister, Stadträtin, Parteivertreter, Stadtverordnete (wo war eigentlich die PDS/Marburger Linke?), Vertreter der Stadtteilgemeinden. Es ging um das seit langem bewegende und bewegte Thema eines Ortsbeirats für diesen Stadtteil, der zwar räumlich mit der Stadt Marburg zusammengewachsen ist, dennoch aber viel Eigenständigkeit bewahrt hat. Es gibt eine rührige Vereinsgemeinschaft, deren Aktivitäten allerdings – ganz im Trend der Zeit – von wenigen Schultern getragen werden.

Ockershausen hat sich seit seiner Eingemeindung immer etwas vernachlässigt gefühlt – und das war mehr als ein Gefühl. So begann das Nachdenken über mehr Einflußmöglichkeiten auf das eigene Schicksal. Was liegt näher als der Wunsch nach einem Ortsbeirat mit, wenn auch be-

schränkten, so doch durch eine Wahl gestärkten Einflussmöglichkeiten. Aber die Sache zieht sich, und genau besehen zog sie sich auch an jenem Abend. Denn die Positionen standen klar: Die Ockershäuser wünschen sich einen Ortsbeirat mit geringen, so doch verbrieften Rechten. Manche verkehrspolitische oder bauliche Sünde hätte vielleicht gemildert werden können.

Die Vertreter der Stadtteilgemeinden, wie soll man's deuten, stellten sich dagegen. Sie fürchten vielleicht Konkurrenz im eigenen Revier. Das Beispiel könnte Schule machen in anderen Stadtteilen.

In einem hat es schon. Wie zu hören ist, will man auch in der Stadtwaldsiedlung/Stauffenbergstraße einen Ortsbeirat. Dagegen ist nichts einzuwenden. Aber Ockershausen einen OB zu versagen, käme einer Ohrfeige gleich.

Tauben füttern im Park

Die Lernfähigkeit von SPD und Grünen hat ihre Grenzen. In ihrem Antrag zur Änderung des Bebauungsplans des Feeser-Geländes fordern sie, dass „Stellflächen für den Individualverkehr“ zu schaffen seien, was zu einer „weiteren Entlastung der Innenstadt führe“, und das, obwohl sie in der Begründung darauf hinweisen, dass die neu geschaffenen Stellmöglichkeiten nicht ausgelastet seien. Sollten bei Fertigstellung von weiteren 300 Parkplätzen auf dem Feeser-Gelände tatsächlich weniger Pkw in die Innenstadt fahren, hätten sie einem Änderungsantrag des Stadtverordneten Henning Köster zustimmen können. Er forderte, dass die Parkmöglichkeiten den Bedarf des Objekts nur überschreiten dürften, wenn in der Innenstadt gleich viele Stellplätze entfernt würden.

Bei der PDS/Marburger Linke hält man es eher mit der Ansicht des Verkehrswissenschaftlers Heiner Monheim. Er meinte, dass es sich mit den Parkhäusern ähnlich verhalte wie mit dem Taubenfüttern. Wenn man regelmäßig Futter ausstreut, wird der Taubenandrang immer größer. Analog werden mehr Parkhäuser nicht weniger, sondern mehr Verkehr anlocken. Und die FahrerInnen werden ihr Auto kaum im Parkhaus stehen lassen, solange in der Innenstadt Stellplätze vorhanden sind, die näher an ihrem Ziel liegen.

Die PDS/Marburger Linke hat deshalb eine Verkehrszählung am Erlerning-Parkhaus beantragt, um festzustellen wieviele Pkw Richtung Autobahn oder Innenstadt fahren. Leider glaubt die Mehrheit im Bauausschuss noch immer daran, dass bei Fertigstellung des Schlachthofgeländes, tatsächlich viele zu Fuß zum Multiplexkino oder in die Oberstadt gehen werden. Deshalb ist für sie eine Zählung heute nicht opportun. Gezählt wird wohl erst werden, wenn auch das zweite Parkhaus steht und der Schlamassel eingetreten ist.

Lob der Feigheit

Roland Müller: "Ein Denkmal das anstiftet"

Bei der Einweihung des Deserteure-Denkmal am 1. September resümierte Roland Müller von der Marburger Geschichtswerkstatt die Auseinandersetzung um diesen Stein des Anstoßes. NM dokumentiert Redeauszüge:

Das Lob der Feigheit, das hinter mir zu sehen ist, gilt auch den deutschen Deserteuren zukünftiger Kriege und Bürgerkriege. Ich hoffe, es stiftet an.

Heute geht es um die Marburger Deserteure des Zweiten Weltkrieges. Darf man denn damals mit heute vergleichen? Eine Antwort hat u.a. der

Verteidigungsminister gegeben. Nicht trotz, sondern wegen Ausschwitz, so hieß es, musste die BRD dieses Jahr erstmals richtig Krieg führen. (...)

Korrekt lautet der Vergleich aber einzig und allein: 1939 brach ein deutscher Staat zum zweiten Mal in diesem Jahrhundert in eklatanter Weise das Völkerrecht – 1999 zum dritten Mal. Wegen Ausschwitz zu desertieren, das steht deutschen Soldaten allemal besser zu Gesicht.

Heute geht es um die Marburger Deserteure des Zweiten Weltkrieges. Allerdings nur am Rande. Bekannt sind gerade mal eine Hand voll. Nen-

nen lässt sich nur Wolfgang Abendroth. Vielleicht ändert sich daran etwas durch die heutige Denkmal-Setzung. Es wäre viel erreicht, wenn diese Anerkennung die bisher schweigenden Marburger Deserteure zum Reden bringen würde. Dann ließe sich bei nächster Gelegenheit auch etwas erzählen über die Marburger, die „von der Fahne gingen“. (...)

Geehrt werden heute aber auch alle diese Kriegsflüchtigen, wie man sie auch immer nannte: Deserteure, Vaterlandsverräter, Feiglinge, Kriegsneurotiker.

Wie man sieht: Das Denkmal hat bereits Geschichte hinter sich. Exakt heute vor zehn Jahren haben wir es erstmals der Öffentlichkeit vorgestellt – im Schülerpark gegenüber dem Jägerdenkmal, an dem damals noch alljährlich die Jägertage stattfanden. Eine Veranstaltung, wo der Schulterschluss von Wehrmacht-Veteranen und dem Bundeswehrmusikkorps geübt wurde. Die gute Stimmung konnte damals etwas getrübt werden. Die Aufstellung überdauerte zwar nur wenig mehr als 24 Stun-



Roland Müller (Geschichtswerkstatt)

den, aber sie war der erste Höhepunkt in der kurz zuvor begonnenen Debatte um ein Deserteure-Denkmal.

Die Stadt Marburg lehnte damals erwartungsgemäß ab. Daraus ergab sich über Jahre eine spannende Debatte. In Veranstaltungen, in Presseberichten und Leserbriefen, im Parlament und auf der Straße. Mehr kann man nicht wollen. (...) Mithin ist heute die letzte Gelegenheit zu provozieren, die ich nun wahrnehmen will.

Die bewegte Geschichte des Denkmals begann also im Schülerpark und weist an bedeutenden Stationen noch auf: die Evangelische Studentengemeinde, das KFZ und den alten Knast. (Den Beteiligten sei noch mal gedankt.) (...)

Uni deckte Kriegsrichter

1997 machte das Denkmal noch einen letzten Kurzausflug. Wir stellten es zum Abschluß der Wehrmachtsausstellung Mitte Oktober vor das Hörsaalgebäude. Die Universitätsleitung ließ es kurz nach Beginn des nächsten Werktages abräumen. Das muss hier nicht nur aus denkmal-touristischen Gesichtspunkten erwähnt werden, sondern weil dieses Verhalten für die Marburger Universität typisch ist. Sie brachte mit dem Strafrechtsprofessor Erich Schwinge nicht nur einen strammen Kriegsrichter hervor, der auch zahlreiche Deserteure zum Tode verurteilte, sondern den Kommentator des Militärstrafgesetzbuches. Mit Schwinges Anfeuerung im Handapparat gelang der Militärjustiz die fünffache Todesstrafenbilanz des Volksgerichtshofes (das sind 50.000). Die Marburger Universität brachte es in über 50 Jahren nicht zu Wege, sich von diesem Mann zu distanzieren. Im Gegenteil, er erhielt sein Amt zurück und jede Form der Deckung, wenn er angegriffen wurde. Die gleiche Universität brauchte keine 50 Minuten, um die Entfernung des Deserteure-Denkmal anzuordnen. (...)

Es gab aber auch einige Kritik, über die sich reden ließe. Ich beschränke mich auf ein zentrales Argument: Das Denkmal sei undifferenziert. Ja, so räumen sie ein, da habe es Soldaten gegeben mit Motiven, die waren so ehrenwert wie un-



Reiner Schlot

Deserteure-Denkmal eingeweiht

Über 30 Kriegerdenkmäler zählt man in Marburg. Bei soviel Andenken an jene, die für Kaiser, Führer und Vaterland mordend durch Europa zogen, nimmt es nicht Wunder, dass es einer zehnjährigen Auseinandersetzung bedurfte, bis endlich jenen offiziell gedacht wurde, die sich der Mordmaschinerie verweigerten. Am 1. September war es endlich soweit. Vor der ehemaligen kleinen Jägerkaserne in der Frankfurter Straße fand die Einweihung eines Denkmals statt, das eine zehnjährige Odyssee in Marburg hinter sich hat. Geschichtswerkstatt und DGB hatten beharrlich dafür gefochten, die damals noch pazifistischen Grünen es 1989 erstmals in der Stadtverordnetenversammlung gefordert. Auch ein Antrag der DKP für eine offizielle Aufstellung fand später noch

keine Mehrheit im Stadtparlament. Erst mit der Bildung der SPD-Grünen-Koalition im Frühjahr 1997 wurde der Weg freigemacht. Für 3.000 DM wurde das Werk des Steinmetzes Joe Kley gekauft.

Die Befürchtung des früheren OB Hanno Drechsler (SPD), das Denkmal könnte sich nicht nur auf die Wehrmacht sondern auch auf die Bundeswehr beziehen, teilen heute auch die Grünen. Nur mit Mühe waren sie davon zu überzeugen, dass beim Festakt auch der Schriftsteller, Deserteur und erklärte Gegner des Kosovo-Krieges Gerhard Zwerenz reden konnte. Stadträtin Ulrike Kober (Grüne) betonte bei der Einweihung vor fast 200 Anwesenden ausdrücklich, dass das Denkmal nur den Deserteuren von damals gewidmet sei. Wesentlich mehr Beifall ern-

teten die beiden anderen Redner, der marburger DGB-Sekretär Rüdiger Stolzenberg und Roland Müller (Geschichtswerkstatt), die das Denkmal auch den heutigen Deserteuren aller Länder gewidmet wissen wollten.

Als „Akt politischer Heuchelei“ bezeichnete es die Deutsche Friedensgesellschaft – Vereinigte Kriegsdienstgegner (DFG-VK), dass mit Kober und Bürgermeister Vaupel zwei VertreterInnen von Parteien an der Feier beteiligt seien, die den Kriegseinsatz im ehemaligen Jugoslawien zu verantworten hätten. Ihrer Forderung nach Asyl für Deserteure schloss sich auch DGB-Sekretär Stolzenberg an. Die Losung „Bomben auf Belgrad – Heuchelei in Marburg“ auf zwei Transparenten der Sozialistischen Deutschen Arbeiterjugend (SDAJ) drückte die Haltung vieler Anwesender aus.

Charly Gaul

sere Heroen des 20. Juli. Aber da habe es auch Verbrecher gegeben, die hätten Kameradendiebstahl begangen und seien dann aus Angst vor gerechter Strafe desertiert. Ja, und dann habe es unter den Deserteuren noch Feiglinge gegeben, die – wie es in einem Leserbrief hieß – „im Grunde doch nur Angst um ihr kleines Leben hatten“.

Das Argument enthält zwei grundsätzliche Denkfehler. Der eine betrifft die Charakterisierung des 20. Juli. Wer sich einmal in Ruhe das Programm angeschaut hat und die Durchführung, wundert sich, woher eigentlich dieser fast sakrale Flair kommt.

Der zweite Denkfehler betrifft die Feiglinge. Es handelt sich dabei überhaupt nicht um ein Gegenargument. Die Feiglinge sind doch gemeint! Angst ist ein bedeutender Hauch von Menschlichkeit, der in einer Mordmaschine noch Platz hat.

Die eine Seite der Feigheit ist die Angst, das eigene kleine Leben zu verlieren. Das mag so klein sein, wie es will. Es ist in der Regel das einzige, was man hat. Das Leben dem Kriegstod vorzuziehen, ist Selbstachtung. Das ist für sich bereits höchst ehrenwert und in Zeiten, wo Selbstaufgabe zur Pflichtübung wird, in höchstem Maße subversiv.

Feigheit heißt aber auch – das ist die zweite Seite – Angst, den anderen zu töten, also Achtung vor dessen Leben. Auch dies ist ehrenwert und in Zeiten, wo das Leben anderer nichts wert sein sollte, in höchstem Maße subversiv.

Ich gehe deshalb davon aus, dass sich in diesem Denkmal viele ehemalige Wehrmachtssoldaten wiederfinden, die nie weggelaufen sind, die daran nie gedacht haben. Aber die das Gemetzel genauso anekelte und die sich auch nicht daran beteiligten. Diese Feiglinge sind selbstverständlich auch gemeint.(...)

Gewissens-TÜV für Deserteure

Damit sind wir bei den Verbrechern. Es ist schon lustig, dass Leute in Gedanken an Deserteure sofort auf eine Gewissensprüfung kommen. Kämen dieselben Leute auf die Idee, an eines der über 30 bisherigen Kriegerdenkmäler in dieser Stadt den Hinweis anzubringen: Gemeint sind nur der Klaus und der Günter, die sich nachweislich weder direkt noch indirekt an Kriegsverbrechen beteiligt haben? Kurz: Mir ist es völlig gleichgültig, wieviele Geldbörsen Deserteure gestohlen haben.

Hanno Drechsler, der Oberbürgermeister am Anfang der Auseinandersetzung, wandte im Stadtparlament gegen das Deserteure-Denkmal ein: es stünde zwar Zweiter Weltkrieg drauf, aber die Bundeswehr sei gemeint. Nu ja! Ja, und?

Mit dem Denkmal für die Marburger Deserteure des Zweiten Weltkrieges wird heute kein archäologischer Lehrpfad, sondern ein aktueller Diskussionsbeitrag eingeweiht: ein Lob der Feigheit.

Der Krieg diene dem Frieden

Marburger Petitionen und Klage gegen den Kosovo-Krieg abgeübelt

Das Petitionsverfahren ist abzuschließen „weil dem Anliegen entsprochen wurde“. So reagierte der Bundestag am 1. Juli auf die Eingaben von unzähligen Organisationen und Einzelpersonen an den Petitionsausschuss, in denen eine Einstellung des Krieges gegen Jugoslawien gefordert worden war.

Unter den 150.000 Unterschriften, die eingereicht wurden, befanden sich auch 500, die die Marburger Initiative „Nein zum Krieg“ gesammelt hatte. Dem Anliegen war allerdings nicht entsprochen, sondern die jugoslawische Infrastruktur solange zerbombt worden, bis das Milosevic-Regime nachgeben und die Besetzung des Kosovo durch die NATO hinnehmen musste. Erst danach empfahl der Petitionsausschuss dem Bundestag das Verfahren abzuschließen. Die Eingaben waren durch Aussitzen hinfällig geworden.

„Notstandsähnliches Recht“

In der Begründung des Ausschusses, die auch dem DGB als Mitglied der Marburger Initiative zugeleitet wurde, wird die Regierungsposition zum Krieg wiedergegeben. „Die internationale Völkergemeinschaft war tief besorgt über das gewaltsame Vorgehen der serbischen Militärskräfte ... gegen die albanische Bevölkerung im Kosovo, die ins Elend gestürzt wurde. Als alle politischen und diplomatischen Bemühungen erschöpft waren, blieb als letztes Mittel nur die Drohung mit einem militärischen Einsatz.“ Nach ausführlicher Erläuterung der parlamentarischen Abstimmungen zum Kosovo-Krieg behauptet der Ausschuss anschließend, die NATO wäre zu militärischen Maßnahmen gezwungen worden, um „eine humanitäre Katastrophe dort zu verhindern“. Die Abgeordneten seien sich der schwierigen Rechtslage bewusst gewesen.

Die völkerrechtliche Legitimation habe sich aber „aus einem notstandsähnlichen Recht zur humanitären Intervention“ abgeleitet. Ohne Anführung irgendeines Beleges wird frech behauptet, der Krieg sei durch das Grundgesetz gedeckt.

Noch unverfrorener ging der Generalbundesanwalt mit einer Strafanzeige wegen Vorbereitung eines Angriffskrieges nach § 80 StGB des Marburgers Henrik Ludwig gegen Bundeskanzler Schröder sowie Minister und Bundestagsangehörige um. Auf sein Schreiben, in dem er auf neun Seiten detailliert belegte, dass es sich beim Einsatz gegen Jugoslawien um einen Angriffskrieg handelte, erhielt er einen dreiseitigen Brief. Darin wurde mit keinem Wort auf seine konkreten Darlegungen eingegangen. Wortgleiche Schreiben hatten auch andere Kläger erhalten. Darin werden Ermittlungen gegen die Beschuldigten abgelehnt, da kein Anfangsverdacht bestünde.

Es wird erklärt, der Begriff Angriffskrieg dürfe nicht rein militärisch verstanden werden, sondern es müsse die Absicht dahinter stehen, das friedliche Zusammenleben der Völker zu stören. „Von einer derartigen Eignung und Absicht kann im Blick auf den NATO-Einsatz im Kosovo ersichtlich nicht die Rede sein.“ Dieser habe vielmehr genau dem Gegenteil gedient, nämlich der „Wiederherstellung des Friedens“. Beweis für diese Behauptung sind ausgerechnet Auszüge aus einer Rede des Beklagten Schröder vor dem Bundestag, die die Hälfte des Serienbriefes ausmachen.

Weniger gnädig waren die Staatsanwälte und Richter in anderen Fällen. Gegner des Krieges, die die Bundeswehrsoldaten aufgerufen hatten, sich nicht an einem grundgesetzwidrigen Krieg zu beteiligen, wurden zu Geldstrafen von bis zu 10.000 DM verurteilt.

Fausto Coppi



wann & wo

Arbeitskreis „Grundlagen sozialistischer Politik“

Thema: Rettung durch Konsumeinschränkung?

Referent: Siggie Becker

Di., 5. Okt., 19.30, PDS-Büro

Plenum PDS/Marburger Linke

Thema: Kommunalwahlen 2001

Do., 7. Okt., 20.00, PDS-Büro

Offener Jugendabend

[SOLID] – Die Sozialistische Jugend

Fr., 8. Okt., 19.00, PDS-Büro

Soziale Gerechtigkeit, nur noch mit der PDS?

Referent: Bodo Ramelow, MdL Thüringen, ehem. Marburger HBV-Sekretär

Mo., 11. Okt., 20.00, DGB-Haus, Liebigstr. 21

Öffentliche PDS-Versammlung

Di., 12. Okt., 19.30, PDS-Büro

Aktionsbündnis für eine sozial gerechte Politik

Thema: Demo gegen das „Sparpaket“

Do., 21. Okt., 17.00, DGB-Büro, Liebigstr. 21

Offener Jugendabend

[SOLID] – Die Sozialistische Jugend

Fr., 22. Okt., 19.00, PDS-Büro

Öffentliche PDS-Versammlung

Di., 26. Okt., 19.30, PDS-Büro

Stadtverordnetenversammlung

Fr., 29. Okt., 17.00, Bartfüßerstr. 50

Arbeitskreis „Grundlagen sozialistischer Politik“

Thema: Wie Reichtum Armut schafft

Referent: Jörg Stadlinger

Di., 2. Nov., 19.30, PDS-Büro

Plenum PDS/Marburger Linke

Do., 4. Nov., 20.00, PDS-Büro

Öffentliche PDS-Versammlung

Di., 9. Nov., 19.30, PDS-Büro

Das NEUE MARBURG erscheint

Do., 18. Nov., 18.00

Offener Jugendabend

[SOLID] – Die Sozialistische Jugend

Fr., 19. Nov., 19.00, PDS-Büro

Wöchentliche Termine:

Marburger Initiative

„Nein zum Krieg“

Dienstags, 17.30, DGB-Büro, Liebigstr. 21

Sozialberatung im PDS-Büro

Mittwochs, 18-19 Uhr, PDS-Büro

Das Leben geht weiter

Eine kleine Medienkritik nach dem Krieg

Das Leben geht weiter, als sei nichts geschehen. Deutschland befindet sich im Krieg; aber in Marburg merkt man nichts davon. Nur ein kleines Häuflein aufrechter FriedensfreundInnen trifft sich allwöchentlich zu den Koordinationssitzungen der „Marburger Initiative Nein zum Krieg“ im DGB-Haus oder zum Ökumenischen Friedensgebet im Philipps-Haus. Die einst so machtvolle Friedensbewegung ist auf eine kleine Zahl aufrechter Intellektueller, Pazifisten und Systemkritiker zusammengeschrumpft. Wie hieß doch der alte Spruch: Wer hat uns verraten?

Allabendlich saß Deutschland vor den Fernsehgeräten und sah zu, wie deutsche Jagdflieger den „teuflichen Tyrannen“ Slobodan Milosevic bombardierten. „Wir führen keinen Krieg gegen das jugoslawische Volk, sondern wir führen Krieg gegen Milosevic“, beteuerte Bundeskanzler Schröder, während die Bomben Brücken und Eisenbahnlinien, Straßen und Häuser im Kosovo, in Novisad oder auch in Belgrad trafen. Allabendlich sahen wir lange Kolonnen fliehender Kosovo-Albaner mit Frauen und Kindern und hörten von Greueln der Serben. So beteiligten sich Medienmacher am Krieg und erhöhten damit zugleich ihre Einschaltquoten.

Der Marburger Psychologieprofessor Ulrich Wagner hat herausgefunden, dass Testpersonen politische Positionen eher für richtig halten, wenn sie von VertreterInnen derjenigen Gruppe geäußert werden, der man sich zugehörig fühlt. Man könnte das, bezogen auf die Friedensbewegung, den Joschka-Fischer-Effekt nennen. Die Gleichsetzung von Srebreniza und Racak mit Auschwitz funktionierte ebenso wie die Verteufelung des – sicherlich rücksichtslosen Verbrechers – Slobodan Milosevic mit dem Massenmörder Adolf Hitler, ohne dass eindeutige Beweise für die behaupteten Massaker vorgelegt wurden.

Der Fernsehjournalist Ekkehard Sieker hat nachrecherchiert; und er stieß auf eine Mauer von Vernebelung und Ungereimtheiten. Was ist wirklich geschehen? Wo sind die Beweise für die behaupteten Massaker? 500 Journalisten können sich doch nicht irren!

„Audeatur et altera Pars“, lautet das journalistische Grundmotto, wonach immer auch die andere Seite zu

hören ist und Tatsachenbehauptungen möglichst immer gegenrecherchiert werden sollen. Die Nachrichtenlage war aber oft so dürftig, dass viele Journalisten sich ohne



29. Mai: Demonstration gegen den Kosovo-Krieg

Nachprüfen auf die Angaben der NATO verlassen haben. Pikanterweise hatte sie die Sendeanlagen des jugoslawischen Fernsehens bombardiert, von denen aus auch alle westeuropäischen Fernseh- und Hörfunkkorrespondenten ihre Beiträge absetzen mussten. Eine Berichterstattung – auch eine unabhängige – aus Serbien war damit während des Krieges nicht möglich. Waren die NATO-Bomben vielleicht gar auf dieses Ziel gerichtet?

„Medien machen Krieg“ war der Titel eines Arbeitskreises bei der Tagung „Nach dem Krieg ist vor dem Krieg“, die am 28. August in der Marburger Martin-Luther-Schule stattfand. Ekkehard Sieker, Mitarbeiter des kritischen WDR-Fernsehmagazins „Monitor“, berichtete dort von seinen Schwierigkeiten, Ungereimtheiten in Zusammenhang mit dem Krieg in die Fernsehprogramme zu bringen. So hatte er Widersprüche zwischen den „Länderberichten“ des Auswärtigen Amtes zu Jugoslawien und den Äußerungen seines Chefdiplomaten Joschka Fischer ausgemacht: Während der Außenminister von einer systematischen Vertreibung der albanischen Volks-

gruppe im Kosovo sprach, erklärten die Berichte seines Ministeriums an die für Asylverfahren zuständigen Berichte die Lage dieser Bevölkerungsgruppe für unproblematisch; verfolgt werde nur, wer in den Reihen der UCK mitgekämpft habe.

Die Tagesschau hatte für derlei Ungereimtheiten schlicht keinen Platz, und das Auswärtige Amt verzögerte seine Stellungnahme – „Audeatur et altera Pars“ – so lange, bis es schließlich in hektischer Betriebsamkeit die „Länderberichte“ erst für „unwichtig“ erklärte und diese Erklärungen dann am folgenden Tag schnell wieder zurücknahm.

Das Beispiel beweist: Kritische Berichterstattung ist auch zu Kriegszeiten möglich, aber sie hat wenig Chancen, bis in die Hauptsendungen vorzudringen. Die Medien sind zwar nicht gleichgeschaltet, aber der Anpassungsdruck lässt nur solche Leute in die Schlüsselpositionen hinein, die darauf achten, dass sie „zuverlässig“ bleiben und ihre gut dotierte Position nicht riskieren. Schlüsselpositionen sind die Moderation von Nachrichtensendungen wie „Heute“ und „Tagesschau“, Chefredakteursjobs und die Arbeit bei den Nachrichtenagenturen, die die Berichterstattung nahezu aller Zeitungen und Rundfunkanstalten wesentlich prägen.

Daneben gibt es durchaus auch Nischen, wo ein kritisches Wort möglich, ja sogar erwünscht ist. Solche Nischen sind Polit- und Kulturmagazine, die mitunter sehr profunde Beiträge ausgestrahlt haben. Bei aller Kritik war es aber für jeden Journalisten schwer, überhaupt an verlässliche Informationen über den Krieg heranzukommen. „Psychologische Kriegsführung“, fehlende Berichterstattung aus dem Kriegsgebiet und schließlich auch die Schwierigkeit, vorhandene Nachrichten zu bewerten, ließen eine saubere journalistische Arbeit hier kaum zu.

„Selbst wenn ich direkt am Ort des Geschehens bin“, berichtete Christiane Kirsch vom Südwest-Rundfunk (SWR) beim Marburger Journalistenstammtisch am 11. Mai, „weiß ich trotzdem nicht immer sicher, was gerade geschieht.“ Eine Menschenmenge steht vor einem Hotel; es fallen Schüsse. Wer hat geschossen? Was war vorher passiert? Viele Antworten, die einander widersprechen; und die Korrespondentin wird sich sicherlich hüten, direkt an den Ort heranzukommen, wo geschossen wird.

Eine „objektive“ Berichterstattung ist nach alledem wohl ein Wunschtraum, aber Fairness bleibt die Forderung der pluralistischen Demokratie. Sie blieb, so viel kann man heute schon feststellen, beim Kosovo-Krieg häufig auf der Strecke. Mancher Medienmacher hat sich auf die Seite der NATO geschlagen und die „humanitäre Katastrophe“ bemüht, um verbal mitzubombardieren. Aber die viel zitierten Kriegsziele wurden nicht erreicht: Ethnische „Säuberungen“ finden im Kosovo wieder statt, nur jetzt unter umgekehrten Vorzeichen. In Ost-Timor morden marodierende Banden in entfesselter Wut die Bevölkerung; und die NATO hält es nicht für nötig, einzugreifen. Das Sterben geht weiter, als sei nichts geschehen; und das Leben geht weiter, als sei nichts geschehen.

Franz-Josef Hanke

Zweierlei Maß

Von der Zerrissenheit, die Stadtverordnete der Grünen und der SPD während des Kosovo-Krieges plagte, ist nichts mehr übrig geblieben. Ein Antrag der PDS/Marburger Linke, 20.000 DM Hilfsorganisationen zur Verfügung zu stellen, die den Menschen helfen, die nach Ende der Bombardierungen aus dem Kosovo flüchten mussten, wurde am 24. September von den anderen Stadtverordneten bei einigen Enthaltungen in der Grünen-Fraktion abgelehnt. Die Fraktionsvorsitzende Eva Gottschaldt verwies darauf, dass die meisten SerbInnen und ein Großteil der Roma gewaltsam vertrieben wurden und sie ebenso Anspruch auf

Hilfe hätten, wie vorher die Kosovo-AlbanerInnen.

Im April hatte das Stadtparlament 20.000 DM humanitäre Hilfe für die nach Albanien und Mazedonien geflohenen KosovarInnen bewilligt. Die PDS/Marburger Linke hatte damals zugestimmt, obwohl Flüchtlinge in Montenegro und Serbien nicht bedacht wurden. Ausgehend davon, dass die Menschenrechte unteilbar sind, hatte sie anschließend einen Antrag gestellt, Opfern von Luftangriffen medizinische Behandlung in Marburger Krankenhäusern anzubieten. Um einer Debatte über den Krieg in der Stadtverordnetenversammlung zu vermeiden, wurde der Antrag für unzulässig erklärt, weil er sich durch den vorher abgestimmten Antrag erledigt hätte.

Roter Teppich im Wohnzimmer

Sozialistische Jugend [‘SOLID] diskutierte und feierte in Marburg

Was machen Jugendliche in einer Zeit, die vom allgegenwärtigen Konsum, von Perspektivlosigkeit, Krieg und Politikerverdrossenheit geprägt ist? Sie veranstalten eine Wohnzimmerparty!

Am 3. September kamen etwa 40 junge und junggebliebene Menschen ins Café Trauma zum zweiten Landestreffen von [‘SOLID], der PDS-nahen Sozialistischen Jugend. Die meisten waren noch SchülerInnen, einige ältere Studierende und sogar ein paar gaaanz alte ‘68er.

Die Leute ließen sich auf den gemütlichen Sofas im ‘60er Design nieder, der knallrote Teppich wurde von der Diskokugel über uns angestrahlt. Drei junge Herren nahmen auf der kleinen Bühne Platz. Der Erste wurde vorgestellt als Ole Erdmann vom Juso-Bundesvorstand, der andere war Bundessprecher des Grün-Alternativen Jugendbündnisses und heißt Andreas Gebhard, und zuletzt lachte Fabio De Masi, ein Bundessprecher der sozialistischen Jugend [‘SOLID]. Alle suchten nach „Perspektiven der jungen Linken“ in der „Rot-Grünen Republik“.

„What’s Left?“, lautete die vorgegebene Frage, und man kam schnell überein, dass sich seit dem Regierungswechsel kaum etwas geändert habe. Vielmehr habe sich die SPD heute von der Linken verabschiedet, stellte Ole fest. Andreas und er mussten einräumen, dass die „Regierungsjugend“ eher gegen die Regierung arbeite als für sie. Während die beiden jungen Sozialisten schnell übereinkamen, dass vor allem eine programmatische Zukunftsdiskussion vonnöten sei, da der teilweise unreflektierte Spontionktionismus der ‘68er erst die Joschkas und Schilys ermöglichte, setzte der Junggrüne andere Schwerpunkte. Für ihn seien vor allem konkrete Zukunftsthemen für Jugendliche wichtig, wie z.B. das freie Internet oder eine deutsch-russische Zusammenarbeit. Für Fabio ist die DDR „grandios gescheitert“. Auch die Rolle der PDS sehe er nicht sonderlich optimistisch. Er wolle sozialistische Politik in eine zeitgemäße Form bringen. „Sozialismus mit Spaß“ sei nun angesagt.

Und es schien, als ob sich der gesamte Kongress diesem Motto verpflichtet fühlte. Nachdem sich die Jungs unter Applaus auf den Weg von der Bühne zur Bar machten, übernahmen die Frauen das Ruder. Stephanie Bues und Alexandra von Lautz präsentierten ihr performatives Theaterstück „Der Wahnsinn zweier Frauen“, in dem sie das Rollenklischee der Frau behandelten.

Die sechs Arbeitsgruppen am Samstag waren bunt gemischt von

Kosovo über Marxismus und Globalisierung zu Europa. Doch was am Vorabend noch theoretisch umschrieben wurde, schien sich nun konkret zu bewahrheiten. Die harten politischen Themen stießen auf weniger Interesse und die meisten wollten in die AG Jugend, Politik und [Sub]Kultur. Wir beschlossen, vormittags dieses Thema zu behandeln und uns nachmittags mit Sozialismus zu beschäftigen.

Während alle Jugendkulturen der Nachkriegszeit gegen die Elterngeneration aufbegehrten, revoltieren die End-90er gegen politische Revolten überhaupt. Der Spaßfaktor ist entscheidend für die Technobewegung. Und indem sich Jugendliche den ganzen Parteiparaten und Wahlkampflügen verweigern, beweisen sie bewusst oder unbewusst ein Höchstmaß an politischem Bewusstsein. Nicht wir verweigern uns der Poli-

tik, die Politiker verweigern sich uns und unseren realen Problemen. Die Jugend steht im Mittelpunkt der Konsumgesellschaft. Dazu wurden die unterschiedlichen Theorien zur Kulturindustrie von Adorno und Deleuze beleuchtet. Es wird festgestellt, dass die Linke ‘68 als jugend-

**Offener Jugendabend
[‘SOLID]-Initiative Marburg
Am 2. und 4. Freitag, 19 Uhr, PDS-Büro**

lich, trendy und zukunftsfähig angesehen wurde, während heute die jungen neoliberalen Westerwellen und Neonazi-Skins das Sagen haben. Die junge Linke kann also nicht durch Verbandstagen die Herzen der Jungen gewinnen, sondern muss stärker in den öffentlichen Raum und anfangen, junge Kultur zu machen.

Bildung darf nicht käuflich werden

Aktionsbündnis macht mobil gegen Studiengebühren



Zahlreiche Gruppen und Organisationen haben sich zusammenschlossen, um „mit vereinten Kräften für ein gebührenfreies Hochschulstudium zu kämpfen“.

Am 18. April wurde das Aktionsbündnis gegen Studiengebühren (ABS) gegründet. Zu den ErstunterstützerInnen seines „Krefelder Aufrufs“ zählt auch die PDS.

Der Aufruf befasst sich zum einen mit Aspekten der bildungspolitischen Debatten der letzten Jahre, in denen sich sowohl CDU/CSU als auch Teile der SPD, der Gewerkschaften und der Grünen für (wie auch immer genannte) Studiengebühren aussprechen. Sie wollen die chronische Unterfinanzierung der Hochschulen durch die Privatisierung der Bildungsausgaben beheben. Bildung wird dabei als Investition betrachtet und nicht als Menschenrecht. Aber gerade solche Maßnahmen lösen nicht das Bildungsproblem, sondern

verschärfen nur die bereits existierende Verdrängung „sozial Schwacher“ aus den Hochschulen. Studiengebühren sind immer antisozial und elitär, auch wenn man sie etwa durch Stipendien „sozial“ gestalten will. Nur: Wer garantiert, dass diese Stipendien bei knapper Haushaltskasse nicht zurückgefahren oder ganz abgeschafft werden.

Auch Gebühren für LangzeitstudentInnen, Einschreibe- und Verwaltungsgebühren sowie Gebühren für ein Zweit- oder Promotionsstudium, wie sie bereits in Bayern, Baden-Württemberg, Niedersachsen und Berlin erhoben werden, führen nicht zur allseits gepriesenen Studienzeitverkürzung. Da etwa die Hälfte aller StudentInnen für ihren Lebensunterhalt nebenbei arbeiten muss, bewirken solche Gebühren nur eine weitere Verlängerung des Studiums oder den Ausschluss von der Hochschule. Das BAFöG, das sowieso nur noch sehr wenigen zur Verfügung

Nachmittags machten wir ein Brainstorming zum Stichwort „Sozialismus“. Wir kamen schnell zum Ergebnis, dass sich „unser“ Sozialismusbild vom Realsozialismus und dem SPD-Reformismus unterscheidet und radikaldemokratisch und emanzipatorisch sein müsse. Die Freiheit des Einzelnen sei nach wie vor die Voraussetzung für die Freiheit aller. Die entscheidende Frage nach der Verfügung über die Produktionsmittel konnte nicht abschließend geklärt werden – Planwirtschaft oder sozialistische Marktwirtschaft?

Abends musste der Laden gästäuglich aussehen. Wir erwarteten den 70-jährigen PDS-Parteiratvertreter Dr. Heinz Schäfer und ca. 50 Leute. „Angekündigt wie Henry Maske“, setzte er zu einem Redemathon zum rotgrünen Neoliberalismus und dem „Gysi/Blair-Papier“ an.

Am Sonntag standen Wahlen an und gab sich [‘SOLID] eine neue Satzung. Die Bilanz des Treffens waren neue Diskussionen, viel Spaß, wenig Schlaf, einige Neueintritte und Initiativen, in Marburg eine Basisgruppe zu starten.

**Christian Tedjasukmana
Landesprecher von [‘SOLID]**

steht, kann die zusätzlichen Kosten durch Gebühren schon gar nicht kompensieren.

Die neoliberale Vorstellung eines KundInnen-VerkäuferInnen-Verhältnisses bewirkt außerdem nicht gerade eine Zunahme der Mitspracherechte der StudentInnen, sondern das genaue Gegenteil.

Um allen das Recht auf höhere Bildung zu ermöglichen, wird deshalb vom Aktionsbündnis gegen Studiengebühren gefordert:

- grundsätzlich Kostenfreiheit für alle weiterführenden Bildungswege, das heißt auch keine „Bildungsgutscheine“;
- das Verbot von Studiengebühren aller Art im Hochschulrahmengesetz (ein Wahlversprechen der SPD);
- Abschaffung von staatlich subventionierten Privathochschulen, die übrigens hohe Studiengebühren verlangen;
- Gleichstellung und Durchlässigkeit beruflicher und akademischer Bildungswege, keine Gebühren auch für Ganztagsberufsschulen und MeisterInnen-schulungen;
- Umsetzung und Einhaltung des 1973 unterzeichneten internationalen Paktes über wirtschaftliche, soziale und kulturelle Rechte, in dem sich die BRD zur Unentgeltlichkeit der Hochschulbildung verpflichtet hat (auch Artikel 26 der Menschenrechtsdeklaration der UNO).

**In Marburg trifft sich das ABS am 7. Oktober, um 14.00 Uhr, im Café am Grün.
Stefanie Götz**

PDS
Hochschulgruppe

Die PDS-Hochschulgruppe trifft sich 14-tägig im PDS-Büro. Der Termin wird zum Semesteranfang auf Flugis und in der Presse bekanntgegeben.
Kontakt: Steffi Götz und André Berg, Tel. 924215

DER RISS

Karikaturenausstellung und Begleitveranstaltungen im Rathaus

Wer sich fragt, woran es liegt, wenn die SPD dramatisch an Stimmen verliert, die PDS hingegen hinzugewinnt, dem mag die Ausstellung „Der Riss – Karikaturen zur sozialen Lage '99“ von Thomas Pläßmann weiterhelfen. „Der Riss“, das ist der Riss, der quer durch unsere Gesellschaft geht, der Riss zwischen Arm und Reich, zwischen Spitzenverdienern und Ausgegrenzten. Und die Lage hat sich nicht wesentlich verändert, seit ein breites Bündnis von kirchlichen Institutionen über die Frankfurter Rundschau bis zum DGB die Zeichnungen zum ersten Mal vor einem Jahr in der Frankfurter Katharinenkirche gezeigt hatte. In Marburg wird es zur Ausstellung im Rathaus eine spannende Veranstaltungsreihe geben, für die wiederum kirchliche (allerdings nur evangelische) Institutionen und der DGB sowie die Arbeitsgemeinschaft für gewerkschaftliche Fragen an der Universität verantwortlich zeichnen (siehe Kasten).

Die Zeichnungen verstehen sich als Illustrationen zum Aufruf der Gewerkschaften „Für Arbeit und soziale Gerechtigkeit“ und zum sogenannten Sozialwort der Kirchen „Für eine Zukunft in Solidarität und Gerechtigkeit“. Während der Aufruf so gut wie nie diskutiert wurde, beeilten sich Politiker und Wirtschaftsvertreter, das Sozialwort „tot zu loben“. Kaum jemand weiß, dass dieses Papier für kirchliche Verhältnisse geradezu revolutionär ist. Statt (wie eine mittlerweile ziemlich abgehalfterte Regierungskoalition und die Unionsparteien) von „Besserverdienenden“ und „Sozialschwachen“ (die einen „Sozialneid“ hegen), spricht es ganz unverblümt von schlimmer Armut und unverschämtem Reichtum in Deutschland. Und aus der lateinamerikanischen Befreiungstheologie stammt die Verpflichtung zur „Option für die Armen“. Wenn allerdings die Kirchen in sozialen Fragen die SPD links überholen – und spätestens seit

dem berüchtigten „Schröder-Blair-Papier“ ist dies der Fall! – dann ist es bitter nötig, dass alle, die damit nicht einverstanden sind, sich zu Aktionen zusammenschließen. Seien sie nun Atheisten, Christen oder Sonstwas-auchimmer. Die Ausstellungsveranstalter in Marburg leisten einen Beitrag dazu.

Ob die Tatsache, dass „Der Riss“ im Rathaus gezeigt wird, einen Hinweis auf die künftige Richtung der rotgrünen Sozialpolitik in Marburg gibt, bleibt abzuwarten. Die Podiumsdiskussion mit Vertretern der Fraktionen im Stadtparlament am Ende der Veranstaltungsreihe gibt Gelegenheit, danach zu fragen.

Eva Gottschaldt



Renten sichern durch Umverteilung

Positionen der PDS-Bundestagsfraktion zur aktuellen Rentendiskussion

Die aktuelle Debatte um die Zukunft des sozialen Sicherungssystems ist absolut notwendig: Seine derzeitigen Defizite sind enorm, und es geht jetzt um die Entscheidung, das System zu reformieren – also zu erhalten – oder es gänzlich über Bord zu werfen.

Die PDS sagt Ja zu Reformen, aber Nein zum Ausstieg aus dem Sozialversicherungssystem. Wir wollen grundsätzlich am leistungs- und beitragsbezogenen Sozialversicherungssystem festhalten, um eigenständige Alterssicherung, Anerkennung von Lebensleistung im Alter und sozial gerechte Lastenverteilung als soziale Maßstäbe zu erhalten. Die Privatisierung sozialer Risiken lehnen wir strikt ab. Es liegen zahlreiche Vorschläge der PDS vor, wie der Sozialstaat armutsfester und gerechter ausgestaltet, das Rentenniveau über das Jahr 2030 hinaus gesichert werden kann und die Renten zukunftsfähig und -sicher zu machen sind.

Es ist nicht in erster Linie die Tatsache, dass immer mehr Menschen immer länger leben, die für leere Kassen der Rentenversicherungen sorgt. Die größte Bedrohung für das soziale Sicherungssystem in der Bun-

desrepublik Deutschland sind vielmehr die Massenarbeitslosigkeit und die Unzahl versicherungsfreier Minijobs sowie Scheinselbständigkeit und illegale Beschäftigung. Deshalb ist und bleibt der Kampf für Arbeitsplätze und dafür, jede Stunde bezahlte Erwerbsarbeit versicherungspflichtig zu machen, zugleich ein Beitrag zur Stabilisierung der Finanzgrundlage der Rentenversicherung und der anderen Versicherungszweige.

Die Grundlagen für die Erhebung von Sozialbeiträgen müssen geändert werden; ansonsten ist das Sozialsystem nicht zu erhalten, geschweige denn zu reformieren. Wir meinen, dass zukünftig auch Selbständige, Beamte, FreiberuflerInnen sowie Abgeordnete, Minister usw., ihren Beitrag zur Finanzierung des Solidarsystems leisten müssen. Zugleich geht es um eine deutliche Erhöhung der Beitragsbemessungsgrenze; für hohe Einkommen sollen auch entsprechende Beiträge entrichtet werden, um höhere Sozialversicherungseinnahmen zu erzielen.

Wir wollen an der solidarischen Finanzierung des Sozialsystems durch Arbeitgeberbeiträge und Beiträge der abhängig Beschäftigten festhalten. Nicht dieses System ist unmodern und damit änderungsbedürftig, son-

dern die Tatsache, dass die Beiträge der Arbeitgeber noch immer nach der Bruttolohnsumme berechnet statt als Wertschöpfungsabgabe erhoben werden. Wir wollen, dass die tatsächliche wirtschaftliche Leistungsfähigkeit der Unternehmen zugrundegelegt wird.

Ein Grundfehler der Kohl-Regierung bestand darin, die vereinigungsbedingten Mehrkosten für die Versicherungssysteme allein von den BeitragszahlerInnen aufbringen zu lassen. Dem ist jetzt nur abzuhelfen, wenn der steuerfinanzierte Bundeszuschuss zur Rentenversicherung erhöht wird.

Weil die Ehe schon längst nicht mehr als lebenslange Versorgungsgemeinschaft taugt, sind viele Frauen von Altersarmut bedroht. Deshalb fordern wir eine eigenständige Alterssicherung für Frauen, die die gesamte Lebensleistung angemessen berücksichtigt.

Um die Sicherungssysteme zukunftssicher und armutsfest zu machen, schlagen wir vor, eine steuerfinanzierte Grundsicherung einzuführen. Sie soll die beitragsfinanzierten Leistungen auf einem existenzsichernden Niveau gewährleisten und all jene, die aus eigener Kraft kein Einkommen in Höhe der Grundsicherung erzielen können, vor Armut

Der Riss

Karikaturen zur sozialen Lage '99
18.-31. Oktober im Rathaus

Rahmenprogramm:

Eröffnung
anschließend

Die Gerechtigkeitslücke
Mit Prof. Dieter Eißel (Uni Gießen)
Mo., 18. Okt., 15.00, Rathaus

Option für die Armen – Anfrage an das „Unternehmen Kirche“
Mi., 20. Okt., 19.00, Rathaus

Sozialpolitik in Europa
Mit Prof. Frank Deppe (Uni Marburg)
Do., 21. Okt., 19.00, Rathaus

Soziale Gerechtigkeit – Verteilungsgerechtigkeit
Mit Dr. Wolfgang Keßler (Publik Forum)
Mo., 25. Okt., 19.30, St.-Martin-Haus, Waldtal

„Proletarier aller Länder, macht Schluss!“
Das Manifest gegen pure Verausgabung von Arbeitskraft ohne Rücksicht auf ihren Inhalt
Mit Ernst Lohoff (Erlangen)
Di., 26. Okt., 19.30, Café Trauma

Zukunft der Arbeit – Arbeit der Zukunft
Mit Pfarrer Herbert Lucan und Horst Schmittthener (IG Metall)
Do., 28. Okt., 19.00, Rathaus

Aktivitäten zum Weltspartag
Fr., 29. Okt., St.-Martin-Haus, Waldtal

Was können wir uns noch leisten?
Sozialpolitik in Marburg
Podiumsdiskussion mit VertreterInnen der Fraktionen im Stadtparlament
So., 31. Okt., 12.00, Rathaus

schützen.

Es gibt den Vorschlag, zur Finanzierung der Rentenversicherung einen Kapitalstock zu bilden. Dem stehen wir sehr skeptisch gegenüber, weil bisher nicht zu erkennen ist, wie trotz öffentlich-rechtlicher Kontrolle die daraus zu finanzierende Basisrente und dieses Kapital selbst vor internationalen Finanzturbulenzen geschützt und vor der Beteiligung an einer gnadenlosen Shareholdervalue-Politik im nicht-öffentlich-rechtlichen Anlagesektor bewahrt werden kann.

Fazit: Alle Vorschläge zur Zukunftsfähigkeit der Rente über das Jahr 2030 hinaus werden nur aufgehen, wenn alsbald mit der konsequenten Umverteilung des gesellschaftlich erzeugten Reichtums von oben nach unten – flankiert von steuerfinanzierter Grundsicherung und Wertschöpfungsabgabe – begonnen wird.

Protest nach Wiesbaden tragen!

Hessischer Haushaltsentwurf mit "schmerzhaften Prioritäten"

„So richtig geknallt hat es nicht ein bisschen, allenfalls ein klein wenig geknirscht.“ Mit diesen Worten kommentierte Finanzminister Weimar vor der Presse den von ihm und der Landesregierung eingebrachten Haushaltsentwurf. Den gleichen Entwurf wertete der Blista-Betriebsrat: „Der Sozialabbau setzt sich auch unter der neuen Landesregierung fort.“

In der ersten Reaktion Betroffener deutet sich an, dass der Etatentwurf eine weitere Seite im Katalog der sozialen Grausamkeiten aufschlägt. Die Landeszuschüsse für die Volkshochschulen werden um ein Drittel gekürzt. Ausgerechnet in der berufsbegleitenden Erwachsenenbildung wird der Hebel angesetzt. 7,2 Millionen DM weniger für die Volkshochschulen bedeuten ja nicht nur, dass es zu Personalabbau bei Dozenten und VHS-Verwaltungen kommen soll – die Folgen für die „Kunden“ und BesucherInnen von VHS-Kursen sind gravierend: weniger Fremdsprachenkurse, weniger Computer-Kurse z.B. bedeuten, dass ArbeitnehmerInnen die wichtigste Stätte von berufsbegleitender Nachqualifikation, um auf dem neuesten Stand zu sein, genommen wird. Noch nicht absehbar sind die Folgen für die Abendrealschulen und Abendgymnasien. „Äußerst schmerzhaft Prioritäten“ habe man setzen müssen, lässt Kultusministerin Wolff wissen. Gemeint hat sie, dass die im Wahl-

kampf versprochene „Unterrichtsgarantie“ an den Schulen durch Mittelumverteilung aus der Erwachsenenbildung mitfinanziert wird.

Auch die Sekretärinnen der Schulen, der staatlichen Schulämter und Regierungspräsidien werden sicherlich nicht in Begeisterung verfallen, wenn sie in der Pressemitteilung der Ministerin lesen, dass „4,4 Millionen DM Personalmittel in der Bildungsverwaltung“ eingespart werden. Ebenso wenig werden sich SchulleiterInnen freuen, dass bei dringlichen Bauvorhaben der Rotstift angesetzt wurde: 1,2 Millionen DM weniger als im Vorjahr, von längst überfälligen Neuinvestitionen nicht zu reden. Also bleiben Sanierungsarbeiten, Neu- und Erweiterungsbauten liegen. An der Brüder-Grimm-Schule tropft es nach einem Gewitter an mindestens drei Stellen durch die Turnhallendecke. Insgesamt fällt der Kultusetat um 20 Millionen geringer aus als der Etat 1999. Ein Elternvertreter kommentiert dies mit Sarkasmus: „Die finanzieren den Unterricht in maroden Gebäuden. Irgendwann fallen die Ruinen über Schülern, Lehrern und Vertretungslehrern gleichermaßen zusammen.“

Die flächendeckende Kürzung der sogenannten „freiwilligen Landeszuschüsse“ kann in ihren Auswirkungen z. B. auf Frauenhäuser, Beschäftigungs- und Ökologieprojekte noch nicht abgesehen werden. Zu

befürchten ist, dass all die sozialen Projekte, die die CDU in ideologischer Nähe zu Rosa-Grün wähnt, besonders zu leiden haben werden. Offensichtlich wissen die Betroffenen noch nichts von ihrem Unglück. Das liegt zu einem daran, dass der Etatentwurf zum heutigen Zeitpunkt (10. September) noch nicht in gedruckter Fassung vorliegt. Zum anderen werden die unmittelbar Betroffenen ja nicht vorab und direkt informiert. Man muss es sich mühsam aus den Einzeletats und seinen Anlagen herauslesen.

Eine Ausnahme bildet die Blindenstudienanstalt, die in der Presseerklärung der Ministerin Wolff namentlich erwähnt wurde. (siehe unten).

Um den Kürzungsplänen der hessischen Regierung Paroli zu bieten ist es notwendig den Protest nach Wiesbaden zu tragen. Voraussetzung ist, dass sich die alle zusammen-

Pit Metz

Blista-Betriebsratsvorsitzender

Sozialberatung im PDS-Büro

Etwa 4.000 SozialhilfeempfängerInnen zählt die Stadt Marburg. Weitere werden durch das Sparpaket der Bundesregierung dazukommen.

Die Forderung nach Durchsetzung einer sozialen Grundsicherung, wie sie die PDS erhebt, ist heute noch nicht durchsetzbar. Angesichts der Zunahme von Armut ist dringend auch konkrete Hilfe notwendig.

Viele Menschen wissen nicht, auf welche Leistungen sie Anspruch haben. Die Verwaltung gibt sich wenig Mühe, die BürgerInnen darüber aufzuklären.

Aus diesem Grunde findet im Büro der Marburger PDS wieder regelmäßig eine Sozialberatung statt.

Kenner der Materie werden Fragen zu Sozialhilfe, Wohngeld und Arbeitslosenunterstützung beantworten, Hilfestellung beim Ausfüllen von Formularen geben und über andere zuständige Einrichtungen informieren. Da eine Rechtsberatung Juristen vorbehalten ist, wird bei Bedarf an spezialisierte Anwälte weitervermittelt.

Mittwoch, 18-19 Uhr, Weidenhäuser Str. 78-80



Partei des Demokratischen Sozialismusverband Marburg-Biedenkopf

Weidenhäuser Str. 78-80, 35037 Marburg
 Tel./Fax: 06421-163873
 E-Mail: biver@scm.de
 Bürozeiten: Mo.-Do., 12-19 Uhr
 Öffentliche Treffen an jedem 2. und 4. Dienstag, 20.00, PDS-Büro

Kupong

Ja, ich will

- das NEUE MARBURG bekommen
- zu PDS-Treffen eingeladen werden
- Mitglied der PDS werden

Name	Vorname
Straße	Ort
Datum	Unterschrift

Rettung durch Konsum-einschränkung?

Ökonomie der Schrumpfung statt Ökonomie des Wachstums?

Referent: Sigi Becker

Di., 5. Okt., 19.30, PDS-Büro
AK "Grundlagen sozialistischer Politik"

Der amerikanische Wissenschaftskritiker und Sachbuchautor Jeremy Rifkin versteht es, dem Entropiegesetz den rein wissenschaftlichen Charakter zu nehmen und ihm die universelle Bedeutung zu geben, die ihm zusteht. Hinter dem Begriff Entropie verbirgt sich der seit langem bekannte zweite Hauptsatz der Thermodynamik, den Rudolf Clausius 1850 entwarf.

Er gibt die Beobachtung wieder, dass ein geschlossenes System bei jeder Art von Tätigkeit von einem Zustand höherer Ordnung in einen Zustand niedrigerer Ordnung übergeht. Auf den Weltraum übertragen bedeutet dies, dass irgendwann in ferner Zukunft keine Energieunterschiede mehr existieren, dadurch auch keine Energie mehr gewonnen werden kann. Für Rifkin bedeutet diese Erkenntnis der Physiker eine Revolution der Weltbilder. Wir schaffen durch unsere moderne Technologie nicht Ordnung, wie uns die Wissenschaft glauben machen will, sondern Chaos, nicht mehr verfügbare Energie, sondern immer mehr nicht verfügbare oder zerstreute. Rifkin verweist auf eine Zukunft, in der wir unsere Bedürfnisse einschränken und wieder vermehrt menschliche Arbeitskraft anstelle von Maschinen einsetzen müssen.

Land kürzt Zuschuss für Blista

Stellungnahme des Betriebsrates der Deutschen Blindenstudienanstalt

In großer Sorge um die gesicherte Versorgung unserer blinden Mitbürger mit Blindenschrift und aufgesprochenen Büchern (Hörbücher) entnahm der Betriebsrat die Nachricht von der geplanten Kürzung. In dieser Kürzung sehen wir die Fortsetzung des Sozialabbaus auch unter der neuen Landesregierung.

Der Landeszuschuss von einer bisherigen Gesamthöhe von 3 Millionen DM ist seit zehn Jahren nicht an die Preis- und Gehaltentwicklung angepasst worden. Schon in der unmittelbaren Vergangenheit hat die nichterfolgte Dynamisierung zu massiven Eingriffen in das Verlagsprogramm und in den Personalbestand der betroffenen Bereiche geführt. Die Erstellung von Fachzeitschriften in Punktschrift und auf Cassette wurde reduziert; freigewordene Stellen wurden nicht besetzt. Der Personalbestand in der Abteilung Verlag ist von 37 Mitarbeitern/innen des Jahres 1987 auf 25 Mitarbeiter/innen 1999 gesunken.

Die nun angekündigte Kürzung um 300.000 DM bedroht die medien-

produzierenden Abteilungen der Deutschen Blindenstudienanstalt mit dem Aus. Weitere Einschränkungen sind nicht mehr möglich; die Schmerzgrenze ist erreicht.

Wir Betriebsräte sehen den Bestand der Hörbuchproduktion, den Verleih der Punktschrift-Bücher durch die Emil-Krückmann-Bücherei, die Herstellung von Punktschriftliteratur und die Produktion von tastbaren Landkarten und Stadtplänen als mehr als gefährdet an. Circa 40 Arbeitsplätze sind davon betroffen, darunter zahlreiche Arbeitsplätze von blinden Kolleginnen und Kollegen. Außerhalb der Blista wird es für diese hochspezialisierten Berufe keine Alternativen geben. Unseren Kolleginnen und Kollegen droht Langzeitarbeitslosigkeit; aber auch diese müsste schließlich vom Steuerzahler bezahlt werden.

Die Hessischen Landesregierung und die Landtagsfraktionen fordern wir auf, den Etatentwurf zu korrigieren. Der Landeszuschuss von 3 Millionen DM für die Blindenstudienanstalt muss erhalten bleiben.

Das Letzte

Licht und Schatten

Einer der erfreulichsten Beschlüsse der Stadtverordnetenversammlung ist die Änderung des Bebauungsplans für das sogenannte "Feesergelände". Das könnte ein Wendepunkt in der hiesigen Kommunalpolitik werden: ein erstes Signal dafür, dass man die seit Gottholds Zeiten betriebene Investoren-Hörigkeit jetzt satt hat.

Der Antrag wurde von SPD und Bündnis 90/Die Grünen eingebracht. Die PDS/ML stimmte ebenfalls dafür, nachdem ihre weitergehenden Anträge abgeschmettert worden waren. Dies musste sie tun. Seit der Wahl des Bürgermeisters und der Stadträtin weiß man, dass es in der SPD immer wieder mal unsichere Kantonisten gibt. Die Stimmen der PDS/ML sind also bei knappen Mehrheiten wichtig.

Ähnlich erfreulich ist – zumindest auf den ersten Blick – die Haltung der PDS/ML-Fraktion in der Frage des Software Center. Allerdings befand sie sich da von Anfang an in einer komfortablen Situation. Die anderen Fraktionen sitzen allesamt in der Patsche, nicht nur die CDU. Auch BfM, Bündnis 90/Die Grünen und SPD haben mitgemacht, als die Finanzierung des SCM falsch kalkuliert und seine Konstruktion allein für die Interessen der Absahner vom sogenannten Förderverein hingeziemt wurde. Gemeinsam schnarchten sie im Aufsichtsrat der SEG.

Dass die PDS einen Akteneinsichtsausschuss fordert und in einer Stellungnahme die Blamage der anderen Parteien beleuchtet hat, war angesichts der klaren Sache dringend geboten.

Zugleich aber zeigt diese Angelegenheit, wie schwer es offenbar ist, im parlamentarischen Getriebe konsequent zu sein.

Am 27. August hat die PDS/ML gemeinsam mit BfM, Bündnis 90/Die Grünen und SPD eine Entschließung gegen den Million-Coup des Oberbürgermeisters in der Sache Software Center mitgetragen. Juristisch ist diese Stellungnahme völlig in Ordnung. Möller hat sich rechtlich danebenbenommen. Doch die Entschließung verschweigt die gesamte Vorgeschichte und lenkt dadurch von der Mitschuld von BfM, Bündnis 90/Die Grünen und SPD ab. Deshalb wurde sie ja von Rotgrün organisiert.

Hier hätte die PDS/ML sich enthalten und dies gleichzeitig begründen sollen. Dabeisein ist nicht alles.

Georg Fülberth

Unser Mann in Erfurt

Bodo Ramelow: Marburger, Gewerkschafter, Thüringer PDS-Spitzenkandidat



Der Thüringer Wahlsieger Bernhard Vogel wollte sein Volk vor der Abstimmung vom 12. September erschrecken, als er ankündigte, Bodo Ramelow, der Spitzenmann der PDS-Liste, könnte ihm seinen Posten streitig machen. Die Thüringer Sozialausschüsse der CDU hatten Schlimmes über ihn veröffentlicht. So soll er 1982 eine Heiratsanzeige in der UZ, der Zeitung der DKP, geschaltet haben. Auch seine Unterstützung für den von Berufsverbot betroffenen Postbeamten Herbert Bastian und ein

Fortsetzung von Seite 1

Genug Ohrfeigen für die SPD?

PDS überholt Schröder-Partei in Thüringen und Sachsen

steht man fest zum Sparpaket. Die Renten Kürzung sei ein „Stück sozialer Gerechtigkeit“ so der künftige Landtagsabgeordnete Thomas Spies, da die Rentner den Enkeln nicht die Wurst vom Brot nehmen dürften. Fraktionschef Norbert Schüren pries die Sparpolitik, weil von der hohen Staatsverschuldung die Reichen auf Kosten der Armen profitieren würden. Wieso die Berliner Koalition dann ausgerechnet bei letzteren kürzt und den Unternehmen Steuergeschenke macht, um die Schulden abzubauen, erklärte Schüren allerdings nicht.

Dennoch gilt für die Marburger SPD-Vorsitzende Kerstin Weinbach weiterhin: „Dass wir als Partei der sozialen Gerechtigkeit fungieren, ist das Identitätsstiftende überhaupt.“ Damit verhält es sich ähnlich wie mit der Friedenskonzeption der SPD. Der Kosovo-Krieg war „kein Bruch, sondern eben eine Weiterentwicklung“, wie es Spies formulierte.

Dass es der SPD noch nicht gelungen ist, den WählerInnen zu vermit-

Wahlauftritt mit zahlreichen anderen Parteiosen für die Wahl der DKP ins Marburger Stadtparlament wurden ihm angekreidet. Genutzt hat es wenig. Die PDS legte fast fünf Prozent zu und Ramelow sitzt jetzt im Erfurter Landtag.

Ramelow, der aus dem Ebsdorfergrund stammt, war zuletzt Vorsitzender der Gewerkschaft Handel, Banken und Versicherungen (HBV) Thüringens. Bereits in Marburg hatte er sich gewerkschaftlich engagiert. Zuerst im Jöckelmarkt (heute die AOK in der Liebigstraße), wo er gekündigt wurde, weil er zum Betriebsrat kandidierte. Als HBV-Sekretär für Mittelhessen organisierte er den Widerstand gegen die Schließung des Horten-Kaufhauses im heutigen Schloßberg-Center. Nach dem Mauerfall ging er nach Thüringen, um dort beim Aufbau des DGB zu helfen. Unter seiner Leitung gelang es der HBV, Westtarife zu erkämpfen.

Hintergrund für seinen Entschluss, in die Politik zu gehen, seien die Grenzen, an die Gewerkschaftsarbeit stoße, und die in der Landespolitik gebotenen Chancen, diese Grenzen

zu durchbrechen, sagt Ramelow. Er gab im Juni den HBV-Vorsitz ab und nahm das Angebot der PDS an, auf Platz zwei der Landesliste hinter der PDS-Vorsitzenden Gabi Zimmer zum Landtag zu kandidieren. Doch damit nicht genug: „Ich hatte zur PDS in Thüringen ein kritisches Verhältnis. Aber es war immer ein Streit um der Sache willen, in der Suche nach Lösungen. Dann gab es die Erfurter Erklärung, an der ich beteiligt war, es gab die gemeinsamen Aktionen für einen Politikwechsel und es war allein die PDS, die klar und konsequent gegen den Krieg in Jugoslawien Stellung bezogen hat. Also bin ich auch den letzten Schritt gegangen und Mitglied der PDS geworden.“ Er will dazu beitragen, dass die PDS nicht mehr nur Ostprodukt bleibt, sondern sie sich als gesamtdeutsche Partei etabliert.

Wie das gehen soll, ob es der PDS gelingt, der SPD den Rang als Partei der sozialen Gerechtigkeit abzulaufen, wird Ramelow einen Tag nach der Berliner Landtagswahl in Marburg erläutern.

Soziale Gerechtigkeit Nur noch mit der PDS?

Referent: **Bodo Ramelow**

Montag, 11. Okt., 20.00

DGB-Haus, Liebigstr. 21

auch die numerische Chance für eine Politik jenseits des Neoliberalismus endgültig zerstört zu werden droht,“ erklärte die PDS-Spitze nach der Thüringen- und NRW-Wahl.

Für ein lachendes Auge sorgt aber, dass der Stimmenanteil der Partei weiterhin stetig ansteigt und sie in Thüringen und Sachsen die sozialdemokratische Konkurrenz hinter sich gelassen hat. Motivation für die GenossInnen in der Westdiaspora brachten aber vor allem die Ergebnisse der Kommunalwahlen in NRW. Die PDS konnte in 22 von 26 Städten und Kreisen, wo sie angetreten war, insgesamt 33 Mandate erringen. In den Städten legte sie gegenüber der Bundestagswahl um etwa ein Prozent auf 2,5 Prozent zu. Der Spitzenwert wurde in Duisburg mit 4,2 Prozent erzielt. Die Ergebnisse sind umso beachtlicher, als die Mehrzahl der Kandidaturen erst angegangen worden war, nachdem das Landesverfassungsgericht die Fünf-Prozent-Hürde kurz vor der Sommerpause für verfassungswidrig erklärt hatte.

„Es ist bemerkenswert“, so die PDS in ihrer Erklärung, „dass Wählerinnen und Wähler beginnen, die PDS offensichtlich gerade in Städten mit großen sozialen Problemen als Alternative zur SPD sehen.“

Nico Biver

